

# Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Überdeutscher Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 224.

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgelaltene Beilage oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Freitag, den 23. März 1917.

24. Jahrg.

## Die allgemeine Kriegslage.

Von Richard Gädke.

Die Lage wird durch zwei Ereignisse maßgebend bestimmt: durch die Räumung der deutschen Stellung an der Westfront zwischen Arras und Wisne und durch die russische Revolution.

Bereits am 20. Februar wußte die deutsche Presse, daß eine Räumung von größerem Umfange im Werke war, wenn ihr auch die genaueren Grenzen nach Breite und Tiefe natürlich nicht mitgeteilt wurden. Der Gegner hat von allen Vorgängen, die unmittelbar vor seiner Nase vor sich gingen, nichts bemerkt. Man wird seinen Truppen vorderer Linie vielleicht doch nicht allzu große Vorwürfe wegen ihrer Unachtsamkeit machen dürfen, da unsere Maßregeln in sehr geschickter Weise verdeckt worden sind. Allerdings könnten wir in ziemlich weitgehendem Maße mit einer vorzüglichen Meinung der feindlichen Heeresleitung rechnen, die wahrscheinlich in alle ihre Truppen durchgedrungen war. Sie rechneten mit der deutschen Stellung, die sich in ihrem Armeebereich befand, wie sie in Riesenkämpfen von zwei und einem halben Jahre geworden war, als mit einer festliegenden, unabänderlichen Tatsache. Auf sie hin wurden alle ihre eigenen Vorbereitungen getroffen, Stapel von Munition und Lebensmitteln errichtet, Bahnen angelegt, Jentrecken zur Front, um Truppen und Schießbedarf in kürzester Frist heranzuführen, gleichlaufend mit der Front, um sie leicht nach dem Bedürfnis zu verschieben zu können, hier wurden Truppen an den verschiedensten Stellen massiert, Batterien eingebaut, ihnen ihre Aufgaben und Ziele vorgeschrieben, die Entfernungen durch Einzelmessungen bestimmt, so war alles in tiefenhaften Massen zu neuen Offensiven ein gerichtet, die in viel breiterer Front vor sich gehen sollte, als alle früheren Versuche, auch die Sommer Schlacht. Nur eins war notwendig, daß der Gegenstand zu vieler Güter Sorge nun auch stillhielt; daß er sich dem Schlage entziehen könne, damit hatten sie nicht gerechnet. Natürlich konnten ihnen nicht alle unsere Vorbereitungen verborgen bleiben. Obwohl ihre Fliegergeschwader den unfernen unterlegen sind, haben sie sicherlich die Anlage rückwärtiger Stellungen doch bemerkt. In der vorgeschätzten Meinung aber, daß wir die Schlacht in der vorderen Linie anzunehmen würden, haben sie darin jedenfalls nur Aufnahmestellungen für den Fall eines unglücklichen Kampferlaufs gesehen. Die allmähliche Herausziehung unserer Truppen und Geschütze aber konnten sie wohl nur schwer in ihrer Bedeutung feststellen, da ohnehin ein regelmäßiger Wechsel und Abzug stattfand. Gewalttätige Erdbeben endlich wurden durch die sehr entschlossene und glückliche Verteidigung unserer vorderen Gräben sowie durch die eigenen Vorwürfe unseres Fußvolkes verhindert, die den Feind in Schach hielten.

Weniger entschuldigbar ist wohl, daß dieser auch dann noch nicht aufmerksam wurde, als unsere Stellungen zu beiden Seiten der Ancre geräumt wurden. Indem sie an dem einmal festgesetzten Zeitpunkt der Offensive festhielten, veräumelten Franzosen und Engländer es, uns noch im letzten Augenblick in die Parade zu fahren. Das ist nun freilich der Punkt, wo sich die Durchschnittsheerführung von der überlegenen unterscheidet.

Die Räumung unserer unglücklichen vorderen Stellung, die Einnahme einer wohlüberlegten, nach den Notwendigkeiten eines Verteidigungskampfes von langer Hand her angelegten neuen Stellung, hat uns sehr bedeutende Vorteile gebracht. Wir sind bisher scheinbar in der ganzen Front zurückgegangen, in der Franzosen und Engländer zu ihrem neuen, entscheidenden Schlage ausholen wollten: von Arras bis in die Gegend von Soissons, in einer ursprünglichen, mit allen Krümmungen gemessenen Frontlinie von 135 Kilometern. Wir erzielten damit eine sehr merkbare Verstärkung und sparten also erheblich an Truppen zur Verteidigung, die wir sonst nutzbringend verwenden können. Die feindlichen Vorbereitungen sind zum großen Teil nutzlos geworden: er muß keine Bahnlänge verlängern und umlegen, keine Kasernen anders aufbauen, seine Batterien verlegen, Deckungen für sie anlegen, sie neu einrichten. Dazu muß er aber wiederum die deutschen Anlagen erst wieder erkunden — eine schwere Arbeit gegenüber unseren Fliegergeschwadern.

Noch schwerer wird dann der Angriff selbst; jetzt können sie ihre Truppen nicht mehr in Gräben versammeln, die von den unsrigen nur 150, 100, 50 und manchmal nur 20 Meter ablagen, gerade nur durch die Breite der Dreifüßdämme getrennt; jetzt müssen sie vorwärts über freies Feld, das Kilometer und aber Kilometer in der Tiefe nicht und planmäßig für unsere Zwecke hergerichtet ist. Da gibt es keine Straßen, keinen Weg, keine Brücke mehr, die nicht zerfällt wären, keinen Baum, kein Strauch, kein Halm wächst dort mehr, Felder und Wiesen sind umgedreht und zum Teil verjumpt. Es gibt keine Dörfer, keine Häuser, keine Keller, keine Unterhöhlen, keine Brunnen mehr: alle Stoffe, die dem Gegner dienen könnten, alle Kabel, alle Elektrizitätsanlagen, alle Bahnhöfe sind beseitigt; man hat es ein Reich des Todes genannt.

Glücklich, daß wir den Krieg in Feindesland führen! Unsere Heeresleitung hat damit eine Freiheit der Entschlüsse, die der Gegner nicht besitzt.

Der feindliche Angriff, der nach allen Nachrichten und Ankündigungen in diesen Tagen losbrechen sollte, ist durchkreuzt worden und erleidet zunächst einmal eine gewaltige Verzögerung.

Man soll bei alledem nicht übertreiben und hier schon von einem deutschen Erfolge sprechen. Nein, die zweckmäßige und zeitgerechte Maßnahme unserer Heeresleitung hat uns erst die günstigen Vorbedingungen für den Erfolg geschaffen, den Feind unter schlechteren Bedingungen gezwungen. Sein Angriff muß nun ganz anders verlaufen, als er sich irgendwie gedacht hatte.

Ein verzögernder Einfluß auf die feindlichen Absichten wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch die russische Revolution ausüben. Ihre Wirkung im allgemeinen in militärischer Hinsicht abzuschätzen, wäre jetzt bei weitem zu früh; wir wissen ja noch gar nicht, zu welchen Maßnahmen sie sich anregen, in welche leitenden Hände sie geraten wird, ob auch die Provinz sich der Lösung anschließen wird, die von Petersburg ausging, ob es zum Bürgerkrieg kommen, ob die hohen Führer des Heeres sich den Umständlichen anschließen, ob die ganze Armee zu ihnen übergehen wird, das sind alles noch ungelöste Fragen, von deren Beantwortung doch außerordentlich viel auch für den Gang der kriegerischen Ereignisse abhängt. Das niedere Offizierskorps war bereits in der Mandchurei vielfach revolutionär gesonnen; indem man seit zwei Jahren zum Füllen der großen Lücken die jungen Intelligenz, Studenten, Rechtsanwälte, Lehrer und Ärzte in seine Reihen hineinzwang, ist es sicher nicht faherretter geworden. Aber das alles wird sich erst noch aus

dem gärenden Chaos entwickeln müssen; sicher aber möchte sein, daß die augenblicklichen Verhältnisse der Aufnahme der Offensive nicht günstig sind. Ich halte es daher für keinen Zufall, daß man in den letzten Tagen aus dem Osten gar nichts hört.

Auch in Italien ist Cadorna noch nicht zu einem neuen Angriff angetreten. Es mag sein, daß die Lebensmittelschwierigkeiten hier besonders einwirken, und daß die große Kohlennot die rechtzeitige Fertigstellung des Schießbedarfs, vielleicht auch seine Heranführung, und die des Truppenerlasses an die Front aufgehalten hat.

Dagegen ist der General Sarrail in Mazedonien bereits zu einer neuen Offensive seines linken Flügels übergegangen; zwischen Prespa und Dairidasee sucht er die Platte des verbündeten Heeres zu umfassen, nördlich Monastir seine Front einzudringen. Die Kämpfe haben nach einer Einleitung am 11. März mit voller Wucht am 12. März begonnen und sind seitdem täglich fortgesetzt worden. Den Verlusten des französischen Heeres, das hier nicht, entsprechen seine geringen Erfolge nördlich Monastir nicht, es ist in einzelne vorgeschobene Teile der Stellung eingedrungen, hat die beherrschenden Höhen aber nicht erobert können.

Doch was würde selbst ein größerer Erfolg an dieser Stelle bedeuten, den die deutsche Heeresleitung un schwer ausgleichen könnte? Das ist schon wieder einmal das bezeichnende der Lage für unsere Gegner: die Einheit der Front, das heißt die Einheit der Handlung, die Gleichzeitigkeit des Ansturms von allen Seiten ist ihnen wieder einmal mißglückt; dank der Räumung unserer Stellung im Westen, dank der russischen Revolution, dank der Kohlennot und unserem U-Boot-Kriege.

## Die Lage in Rußland.

Die Auslese an tatsächlichen Meldungen über Rußland ist heute nur eine geringe; zufällig erscheint uns, daß die Petersburger Telegraphenagentur so außerordentlich wenige Meldungen herausbringt. Und gerade von ihr könnte und müßte man jetzt Mitteilungen erhalten, die einen zureichenden Schluß auf die gegenwärtige Lage in Rußland zulassen. Wäre die Situation wirklich so günstig für die neue Regierung, dann hätte man zweifellos hierüber mehr Meldungen erwarten dürfen; das Nichtvorliegen derselben berechtigt zu der Schlussfolgerung, daß in der russischen Hauptstadt und im Lande alles andere als wie Ruhe und Ordnung herrscht.

Nach einer Stockholmer Meldung erschien in Petersburg ein Aufruf des Rates der Petersburger Arbeitervertreter folgenden Inhalts:

**Bereinigtes Guch, Proletariat aller Länder!** Das russische Volk erhebt sich nach jahrhundertelanger Sklaverei. Die Arbeiterklasse und die Revolutionsarmee müssen eine neue provisorische Regierung bilden, welche die Leitung des republikanischen Staates übernimmt. Sie müssen Gesetze zum Schutze der Volksrechte schaffen, die Klassen konfiszieren und das den Großgrundbesitzern und der Regierung gehörende Land unter das Volk verteilen, den Arbeitstag einführen, eine neue Duma mit direktem und geheimem Wahlrecht wählen. Die provisorische Regierung muß jetzt die Versorgungsfrage lösen. Die zeitweilige Revolutionsregierung hat die unmittelbare unbedingte Aufgabe, sich mit den Proletariern aller kriegsführenden Länder in Verbindung zu setzen, um einen neuen Schluß des Menschheitskampfes zu erreichen.

Der Aufruf schließt: **Es lebe die demokratische Republik, es lebe das revolutionäre Volk, die revolutionäre Armee! Unterzeichnet ist der Aufruf: Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei.**

Nach einer weiteren Meldung aus Stockholm wurde am vorigen Sonntag das Dumagebäude von sozialistischen Volksmännern belagert und wurde von der bewaffneten Miliz und einigen Soldatenabteilungen nur mühsam verteidigt. Die Menge demonstrierte gegen die Verbeibehaltung der Monarchie, sowie gegen die Übernahme der Armeeführung durch den Großfürsten Nikolai. Die provisorische Regierung war außerstande, sich auf der Straße zu zeigen; sie bediente sich ausschließlich der unter einem englischen Kommando stehenden Abteilung von Panzerautomobilen, befehligt von Hauptmann Samson. Zur Beruhigung der Volksmassen erließ darauf die provisorische Regierung ein neues Manifest. Die Sozialisten fordern jedoch die sofortige Beseitigung einer allgemeinen Abstimmung und drohen mit einem Gewaltstreik gegen die provisorische Regierung, falls sie sich nicht löst. Außerdem verlangen sie die Ausweitung des Jares, was die Regierung zu verhindern sucht, um die Erregung der Bauernschaft zu vermeiden. Petersburg

schwebt in gänzlicher Unkenntnis darüber, wo sich Großfürst Nikolai befindet. Die Sorge, daß von dieser Seite neue Gefahr droht, ist bei der Regierung groß.

Ob alles das, was in dieser Meldung behauptet wird, zutrifft, ist nicht nachzukontrollieren. Daß aber die Sozialisten die neue Regierung zu immer weiteren Reformationen drängen, geht schon daraus hervor, daß der russische Kriegsminister Guchow nach Telegrammen englischer Blätter aus Petersburg einen Aufruf an das russische Heer erlassen hat, in dem eine Reform des Heeres auf demokratischer Grundlage angekündigt und eine Erleichterung im Verkehr zwischen Soldaten und Offizieren zugesichert wird. Des weiteren werden den Soldaten politische Rechte zugesprochen, dafür werden sie aber aufgefordert, die Disziplin zu wahren und die Verteidigung des Vaterlandes fortzusetzen.

Wie einem holländischen Blatte aus Petersburg gemeldet wird, hat der Bund der revolutionären Arbeitervereine mit 1170 gegen 30 Stimmen beschlossen, am 19. März die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zum Schluß geben wir noch nachstehende Meldungen, für die wir uns natürlich nicht verbürgen können, wieder:

Nachdem sich Odessa nach Kampf der Revolution angeschlossen hat, brachen auch unter dem russischen Militär in der Moldau schwere Unruhen aus, die einen großen Umfang angenommen haben. Die Unruhen sind hauptsächlich auf das Ausbleiben aller Lebensmittelzufuhren aus Rußland zurückzuführen. In den Unruhen sollen etwa 40 000 Mann beteiligt gewesen sein. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Truppen und Offizieren der Armee. Eine Anzahl Offiziere tscherkessischer Regimenter sollen ermordet worden sein. Bestätigt ist bereits, daß es den Umständlichen gelang, sich zu Herren der Lage aufzuschwingen. Am 16. März, vormittags, wurde ein Tagesbefehl des Oberkommandierenden bekanntgemacht, daß die gesamte Südwestarmee sich der neuen Regierung anschließen. Darauf hörten dann die Unruhen allmählich auf. Auch ein beträchtlicher Teil der Einwohnerschaft der Moldau nahm an dem Zustand teil und veruchte hauptsächlich Klünderungen vorzunehmen. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen russischen Truppen und der Bevölkerung. Die Stimmung unter der Moldau-Bevölkerung ist sehr gedrückt. Am 16. März, nachmittags, trat in Jassy ein Kronrat zusammen, der sich mit den Ereignissen in Rußland beschäftigte. Neben der Beschlüsse des Kronrats, an dem bezeichnenderweise dieses Mal auch russische Generale, so die Generale Gurko und Sakharow, teilnahmen, verlautet nichts. Doch ist bekannt geworden, daß König Ferdinand seine Beziehungen gegenüber den Folgen der Ereignisse auch auf Rumänien ausstreckte. Gegenwärtig herrscht in der Moldau strenge Diktatur, die von Gurko und Averescu durchgeführt wird. Die rumänische Regierung hat alle Maßnahmen ergriffen, um den Ausbruch einer Revolution in Rumänien



derhandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zurückgriff, daß die sozialdemokratische Fraktion die Arbeiter-Schutzgesetzgebung abgelehnt hätte, trug ihm eine ausgezeichnete Antwort durch unseren Genossen M o i k e n b u r h ein. Er stellte fest, daß die Sozialpolitik durchaus nicht ein freies Geschenk an die Arbeiter gewesen sei. Er rief Herrn Helfferich dringend, ein intensives Studium der Entwicklung des Reichs und der Reichsgesetzgebung an. Den „arbeitsunwilligen“ Kriegerfrauen stellte er die Offiziersfrauen gegenüber, die niemand nach ihrer Tätigkeit frage. Sein Vorschlag, den Kriegerfrauen einen Arbeitsdienst bis 1900 Mt. jährlich nicht anzuzurechnen, ist sicherlich ein besserer Vorschlag als ihren Arbeitslohn zu belassen, als das Helfferichsche Rundschreiben. In großen Zügen entwarf M o i k e n b u r h unser sozialpolitisches Programm für die Zeit nach dem Kriege. Er will eine scharf zugreifende Arbeitersozialreform, die Sicherung des Koalitionsrechtes und den gründlichen Ausbau des Versicherungswesens. Eine kurze Debatte über Handwerkerfragen, an der sich von unserer Seite Genosse B r ü n n e beteiligte, während H o r n von der Arbeiterschaft die Befestigung der Aufhebung bestimmter Arbeiter-Schutzbestimmungen während des Krieges forderte, bildete den Schluß.

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhanse.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Donnerstag zunächst die Debatte der östlichen und südöstlichen Berliner Vororte über einen Lastenausgleich für Großberlin der Regierung zur Berücksichtigung. Die Vertreter Berlins und der westlichen Vororte erhoben gegen das beabsichtigte neue Ausnahmegesetz lebhaften Widerspruch, da es ihnen große finanzielle Lasten auferlegen würde. Es scheint aber, als ob die Regierung, obwohl sie noch keine derartige Vorlage ausgearbeitet hat, dem Grundgedanken eines Lastenausgleichs insofern sympathisch gegenübersteht. — Hieran nahm das Haus entprechend den Kommissionsanträgen die Anträge auf Versorgung des inneren Marktes durch die J.-E.-S. und die Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte, Staatsarbeiter und Volksschullehrer an. Nach diesem Beschluß, dem auch die Regierung ihre Zustimmung nicht verweigern dürfte, erhalten alle Beamten und Volksschullehrer Teuerungszulagen, die nach der Kinderzahl abgemindert sind. Auch die Arbeiter sollen, soweit sie noch keine Lohnaufbesserungen bekommen haben, in den Genuss der Teuerungszulage kommen. Im übrigen nahm das Haus die Sekundärbahnvorlage an, bei welcher Gelegenheit der Eisenbahnminister erklärte, daß sich die Verkehrsschwierigkeiten in den letzten Tagen wesentlich vermindert hätten und daß dadurch hoffentlich unser Wirtschaftsleben günstig beeinflusst werde.

#### Wahlrecht und Armenunterstützung.

Wie der „Berl. Lokal-Anz.“ hört, wird die Regierung die Befestigung des politischen Obdiums, das mit der Annahme von Familienunterstützungen im Wege der Armenpflege in Preußen noch immer verbunden ist, daß nämlich der Unterhalt des politischen und kommunalen Wahlrechts verloren geht, im Rahmen des Wahlgesetzes antreiben, das gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist. Damit weiß man nun endlich, daß ein Wahlrechts-Entwurf in der Ausarbeitung begriffen ist. Hoffentlich werden über den Inhalt dieses Entwurfs bald nähere Angaben gemacht.

#### Was würde die Besteuerung der Kleinbahnen den Erwerbstätigen kosten?

Die meisten Fahrgäste einer Straßenbahn sind Erwerbstätige auf der Fahrt von und zu der Arbeitsstätte. Auf 100 000 Einwohner kommen im Jahre 20 Millionen Fahrten. Handelt es sich auch nur durchweg um 10-Pfg.-Fahrten — viele Straßenbahnen haben aber bereits den 15-Pfg.-Mindesttarif — so wären 240 000 Mt. Steuer zu entrichten. Da aber die Schaffnerin nicht gut 11,2 Pfg. für jede Fahrt einkeffern kann, sondern wenigstens 12 Pfg. erheben muß, zahlen die Fahrgäste einer Stadt von 100 000 Einwohnern noch 160 000 Mt. Erhebungsgebühr an die Straßenbahn. Vom Gesetzgeber wird diese Ungerechtigkeit „bequeme Erhebung“ genannt.

#### Die Kohlensteuer im Hauptauschuß des Reichstags.

Am Mittwoch trat der Ausschuß von neuem in die Beratung der Kohlensteuer ein. In voriger Woche war die Beratung auf Antrag des Zentrums abgebrochen worden, damit die Reichsleitung weitere Grundlagen für die Beurteilung der Verdienste im Kohlenhandel liefere. In der Einzelberatung wurde zunächst die Verpflichtung zur Entrichtung der Steuer für verschiedene Arten industrieller Betriebe geregelt.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Steuerbefreiung der Hausbrandkohle für die gesamte Bevölkerung. Dazu hatte die Volkspartei beantragt: Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind berechtigt und verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohle für Hausbrandzwecke zum ortsüblichen Preis abzüglich der Kohlensteuer ermöglichen. Das Reich hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden in diesen Fällen die ausbezahlte Kohlensteuer im Voraus zu vergüten. Die näheren Anordnungen erläßt der Bundesrat. — Dazu hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß statt der „minderbemittelten Bevölkerung“ die genauere Bestimmung gefestigt werde: Die steuerfreie Hausbrandkohle soll durch die Gemeinden geliefert werden den Verbrauchern in Gemeinden der Ortsklasse A bei einem Jahreseinkommen bis zu 4000 Mt., der Ortsklasse B bei einem solchen bis zu 3500 Mt., der Ortsklasse C bei einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mt., der Ortsklassen D und E bei einem solchen bis zu 2500 Mt.

Hg. Erzberger (3) empfahl einen anderen Weg und beantragte: Die Kohlensteuer ermäßigt sich von 20 auf 15 v. H. für Kohlen, welche die Werke auf Verlangen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach näheren Bestimmungen des Bundesrats zu ersten Verkaufspreisen zu liefern verpflichtet sind. — Allgemein wurde schließlich anerkannt, daß der letzte Weg besser sei als der, welchen der freisinnige Antrag einschlägt. Jedoch machten die Sozialdemokraten aufmerksam, daß nach diesem Antrage alles den Gemeinden überlassen sei. Es sei zu befürchten, daß manche Gemeinden gar nicht von dieser Bekämpfung Gebrauch machen werden, oder daß sie einem solchen Sinne, daß die Hausbrandkohle doch nicht als ohne diese Bestimmung.

Schließlich wurde gegen die sozialdemokratischen im Antrag Erzberger die Ausnahmebestimmung, daß die Hausbrandkohle befreit ist, dann aber der Antrag angenommen mit dem Vorbehalt, daß bis zur zweiten Lesung eine Ergänzung des Antrags Erzberger im Sinne des freisinnigen Antrags durchgeführt werde.

#### Aus Südbad und den Nachbargebieten.

Freitag, 28. März.

Herabsetzung der Brottration. Eine sehr ernste Mahnung, die besonders in Arbeiterkreisen, die mit der gegenwärtigen Brottration schon kaum auszureichen imstande sind, hart empfunden

## Der amtliche Kriegsbericht.

WZ. Großes Hauptquartier, 28. März. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge mehrerer Vorstöße eigener und feindlicher Erkundungsabteilungen nahm an der flandrischen Front und im Krass-Waldhütten zeitweilig die Artillerietätigkeit zu. Eine Anzahl Gefangene ist dort in unserer Hand geblieben.

Französische Truppen, die beiderseits von St. Simon über Somme- und Crocat-Kanal gegangen waren, sind durch Angriff gegen und über diese Abschnitte zurückgeworfen worden. Der Feind erlitt blutige Verluste und führte 230 Gefangene, sowie mehrere Maschinengewehre und Fahrzeuge ein.

Zwischen Dije und Wisne entspannen sich in den Abendstunden Geschieße westlich und südlich von Margival. Angriffe starker französischer Kräfte sind durch Feuer und im Gegenstoß verlustreich abge schlagen worden.

Unsere Artillerie fand auch außerhalb des Kampfgebietes lohnende Ziele in Truppenansammlungen und -bewegungen.

Im Walde von La ville Aubois ist ein nach starkem Feuer einsehender französischer Vorstoß gescheitert. Bei Watoville in der Boevre-Ebene brachte ein eigenes Unternehmen 12 Gefangene und 2 Maschinengewehre ein.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

### Mazedonische Front.

Bis auf einen fehlgeschlagenen Teilangriff in der Seen-Enge und Störungsfeuer verhielt sich der Franzose bei Monastir ruhig.

Eins unserer Luftschiffe hat in der Nacht vom 20. auf 21. März englische Anlagen bei Madros auf der Insel Lemnos wirkungsvoll mit Bomben beworfen und ist unverletzt in seinen Hafen zurückgekehrt.

Der Erste Generalkvartiermeister: Ludendorff.

wird, ist — wie jetzt als sicher angesehen werden muß — vom 15. April an bestimmt in Aussicht genommen: die Herabsetzung der Brottration um 25 Prozent, also um den vierten Teil des bisherigen Quantums. Die Notwendigkeit der Maßnahme wird mit dem Ergebnis der letzten Bestandsaufnahme begründet, die nicht ganz so dünnlich ausgefallen ist, wie man nach den Schätzungen im letzten Herbst erwartet hatte. Doch wird es sich nicht so sehr um die einseitige Kürzung der Brottration als vielmehr um eine Verschiebung der Nahrungsmittelquoten handeln. Die Herabsetzung der Brottration wird nicht ohne gleichzeitige Gewährleistung einer erhöhten Kartoffelquote — mindestens eines Satzes von fünf Pfund wöchentlich — vor sich gehen: außerdem soll zu gleicher Zeit eine Erhöhung der Fleischration durch Gewährung eines Zuschusses stattfinden, der, mit Unterstützung aus Reichsmitteln, der Bevölkerung zu einem besonders billigen Preise zur Verfügung gestellt werden soll. Endlich soll die Wirkung der Herabsetzung der Brottration durch die in Rede stehende Freigabe der Gemüsekonserven wettgemacht werden.

Harte Zeiten sind es, unter denen jetzt die große Masse der Bevölkerung leidet und unter denen besonders die Minderbemittelten zu leiden haben. Die hohen Preise aller Lebensbedürfnisse machen es unumgänglich notwendig, den Arbeitern durch wenigstens einigermaßen angemessene Lohnzuschüsse einen Teil der Lasten wieder auszugleichen. In manchen Betrieben ist das schon geschehen. Jedoch bedauerlicherweise nicht von der sich gut rendierenden Uebel-Bilchener Eisenbahn-Gesellschaft. Sie hat allerdings eine Teuerungszulage gegeben. Die bei ihr beschäftigten Arbeiter und unteren Angestellten erhalten seit Herbst 1915 25: Unwechsellöhne 6 Mt. und Verwechsellöhne 8 Mt. monatlich als Teuerungszulage. Die Gesellschaft scheint nun der Auffassung zu sein, daß sie mit dieser Zulage bisher und für die fernere Zeit genügend geteilt habe. Daß diese Zulage, wenn sie leinerzeit, als sie bemittelt wurde, genügt hätte, heute aber durch die Verhältnisse längst überholt und völlig unzulänglich geworden ist, das ist ohne weiteres verständlich. Aber man kann ja auch noch auf die Löhne verweisen, die von der Gesellschaft gezahlt werden. Wir wollen dabei zunächst nur die Löhne einiger Gruppen aus dem Hamburger Betriebe anführen. Der Tagelohn der Güterbodenarbeiter liegt auf 4,90 Mt., der der Rangierer auf 4,40—4,60 Mt., Streckenarbeiter erhalten 4,10—4,30 Mt., Kohlenarbeiter 3,90 bis 4,16 Mt., Maschinenarbeiter, die auch das Ausschlagen usw. besorgen müssen, 3,90—4,10 Mt. Bei der letzten Gruppe, sowie bei den Kohlenarbeitern und teilweise auch bei den Streckenarbeitern, die zeitweise auch zum Kohlenabladen verwendet werden, kommt dann noch Akkordarbeit in Frage, wobei der Verdienst sich etwa 25 bis 30 Prozent steigern kann. Mit solchen Verdiensten ist in der gegenwärtigen Zeit doch nicht auszukommen, das sollte doch auch die Gesellschaft anerkennen und entweder Lohnaufbesserungen, mindestens aber weitere Teuerungszulagen gewährleisten. Das ist aber nicht der Fall. Es sind schon vor längerer Zeit und nach und nach wiederholt von verschiedenen Gruppen Gesuche an die Direktion der genannten Gesellschaft gerichtet worden, worin sie um irgend welche Zuwendungen infolge der Teuerung gebeten worden ist. Die Direktion hat diese Gesuche nicht nur nicht berücksichtigt, sondern einfach unbeantwortet gelassen. Das gleiche hat sie dann auch gegenüber einem Gesuch getan, das von der Bezirksleitung des Verbandes im Auftrage der Arbeiter an sie gerichtet wurde. Ein solches Verhalten der Direktion zu dem so berechtigten Verlangen der Arbeiter und Angehörten ist in der gegenwärtigen Zeit doch einfach unverständlich. Es sollte doch wohl heute eigentlich nicht vorkommen, noch auf diese Weise die sozialen Klassenunterschiede zu verschärfen, anstatt sie zu mildern. Wenn Arbeiter sie um etwas erlauben, dann dürfte eine Direktion es doch wohl auch noch der Mühe für Wert halten, ihnen eine Antwort zu geben. Und schließlich möchte man auch einmal fragen, ob etwa die Gesellschaft während des Krieges nicht ganz gute Geschäfte macht? Und zieht sie ihren Verdienst nicht auch aus der Allgemeinheit, aus dem Volke? Unjohanne haben auch die bei ihr Beschäftigten Anspruch auf einen auskömmlichen Verdienst. Wir wollen es für heute bei dieser Feststellung bewenden lassen, obgleich es nötig wäre, weiter auf die Lohnverhältnisse der anderen Abteilungen einzugehen, und dabei auch die Ueberzeitarbeit einmal zu erwähnen, die zwar vielfach verlangt, aber nicht entschädigt wird. Wenn die Direktion den Arbeitern etwas mehr entgegenkommen und ihnen das Durchhalten erleichtern würde, für das gerade Herr Betriebsdirektor Christensen so warm eintritt, wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht.

Die hohen Eierpreise, deren Detabshung die Bevölkerung noch immer vergeblich erwartet, sind, wie manche anderen ähnlichen Erscheinungen, mit verteuerten Produktionskosten ganz gewiß nicht zu rechtfertigen. Aber sie müssen leider beachtet werden, weil das Publikum sonst ganz auf den Genuss dieses wichtigen Nahrungsmittels zu verzichten hätte. Die Reduzierung und die Landesbehörden, die doch die nächsten dazu

wären, unternehmen nichts, um eine Preisherabsetzung herbeizuführen. Daß die Eier billiger abgegeben werden können, gibt sogar ein Landwirt zu, der im „Kostener Anzeiger“ also einem in unserem Nachbarlande erscheinenden Blatt, u. a. schreibt: „Im Mai vorigen Jahres wurde der Höchstpreis (in Mecklenburg) Red) auf 0,15 Mt. für das Ei bestimmt, im Oktober auf 0,20 Mt. und jetzt hat er die stattdes Höhe von 0,30 Mt. erreicht. Dieser Preis übersteigt bei weitem die Herstellungskosten. Es dürfte, falls kein Höchstpreis beistünde, kein Erzeuger wagen, einen solchen Preis zu fordern, da er sich zweifellos der übermäßigen Preissteigerung schuldig machen würde. Der Preis steht auch in argem Widerspruch zu den Preisen anderer Ernährungsmittel. Der mit der Erhöhung des Eierpreises aufsteigende Preis der Eier, mehr Eier an den Markt zu bringen, wird meines Erachtens nicht erreicht werden. Die Händler legen deshalb kein einziges Ei mehr. Der Grund, weshalb in den letzten Monaten keine Eier an den Markt kamen, dürfte jedem bekannt sein; im Winter legen die Hühner eben nicht. In der kommenden Vegetationszeit wären sicher auch bei einem Preise von 0,20 Mt. Eier in gleicher Menge, wie es bei einem Preise von 0,30 Mt. der Fall sein wird, zum Verkauf gekommen. Uns Landwirten genügt der bisherige Preis völlig.“ Hier, wie bei manchen anderen Maßnahmen kann man nur sagen: Da staunt der Fachmann und der Laie mundet sich!

Mit der Durchführung der Hilfsdienstpflicht beschäftigte sich gestern Herr Rat Dr. Link in einer zahlreich besuchten Versammlung. Der Vortragende behandelte noch einmal die Frage: wer Hilfsdienstpflichtig ist, was vaterländischer Hilfsdienst ist, ob jeder Hilfsdienstpflichtige, der nicht Soldat ist, im vaterländischen Hilfsdienst mitarbeiten muß, wie ein sich freiwillig zum Hilfsdienst Meldeber auch sicher geht, eine Beschäftigung im Hilfsdienst zu erhalten, ob ein Hilfsdienstpflichtiger dadurch, daß er im Hilfsdienst arbeitet, irgendwie in seiner Freiheit beschränkt oder den Militärstrafen unterworfen ist und in welcher Weise die Rechte der Hilfsdienstpflichtigen Arbeitnehmer in großen Betrieben gegenüber den Arbeitgebern sichergestellt sind. Hieran vertritt er sich über die Bedeutung des Arbeitnehmers, die wir unsere Lesern bereits ausführlich klar gemacht haben. Dann ging der Redner dazu über, die Bedeutung der Feststellungsausschüsse zu behandeln, deren Aufgabe es wäre auf Antrag des Kriegsamtes oder der Kriegsamtsstellen oder einer Person, die ein unmittelbares berechtigtes Interesse an der Feststellung hätte, ein Betrieb ein Hilfsdienstbetrieb oder eine Person ein Hilfsdienst bereits tätig wäre, hierüber zu entscheiden. Der Redner wies darauf hin, daß sich der für Südbad zuständige Feststellungsausschuss in Altona bei der dortigen Kriegsamtsstelle befindet; er warnte aber eindringlich davor, daß sich schon Betriebe oder Personen, die im Zweifel wären, ob sie bereits im Hilfsdienst tätig wären oder nicht, die Entscheidung des Feststellungsausschusses anrufen, denn die Lage der Sache bräuhete es mit sich, daß die Entscheidung des Feststellungsausschusses naturgemäß nur für den Augenblick Wert haben könnte, und daß deshalb die jegliche Entscheidung für den Zeitpunkt der etwaigen späteren zwangswelken Heranziehung zum Hilfsdienst keinen Wert hätte. — Nach Beendigung des Vortrages wurden eine große Reihe von Fragen an den Redner gerichtet, die sich auf das Hilfsdienstgesetz und die angrenzenden Rechtsgebiete des Zivilrechts bezogen. Bei Beantwortung derselben bemerkte der Vortragende, daß selbstverständlich auch weibliche Arbeitskräfte als Freiwillige im vaterländischen Hilfsdienst überall dort verwendet werden, wo ihre Verwendung nur möglich ist, also beispielsweise in Bureauis sowie in Fabriken als Arbeiterinnen, im Heimatgebiet so gut wie im besetzten Gebiet. Alle Frauen, die sich im vaterländischen Hilfsdienst betätigen wollen, müssen sich hierzu in der Frauen-Meldestelle, Mengstraße 28 (Montags, Donnerstags und Sonntags von 5—7 Uhr) melden. — Auf eine weitere Anfrage, ob auch Kranke zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen würden und solche Personen, die bereits ehrenamtlich in irgend einem Wohlfahrtsunternehmen tätig waren, erwiderte der Vortragende, daß an sich jeder Deutsche Hilfsdienstpflichtig wäre, und daß deshalb bei der Heranziehung grundsätzlich kein Unterschied gemacht werden könnte. Auf alle Fälle müssen sich auch diese Personen, wie die anderen Hilfsdienstpflichtigen pünktlich anmelden. Personen, die wirklich ernstlich an einem chronischen Leiden erkrankt sind, werden jedoch kaum ihre zwangswelke Heranziehung zu befürchten haben, bzw. nur zu solchen Arbeiten herangezogen werden, bei denen sich ihr Leiden nicht verschlimmern kann; denn das Hilfsdienstgesetz enthält ausdrücklich die Bestimmung, daß bei der Ueberweisung auf die Gesundheitsverhältnisse des zu Ueberweisenden gebührend Rücksicht zu nehmen ist. Was diejenigen anlangt, die bereits ehrenamtlich in Wohlfahrtsunternehmen tätig sind, so werden diese kaum zwangswelke zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden, soweit sie bereits in Hauptberuf kriegswichtige Wohlfahrtsdienste treiben, von dieser Tätigkeit vollständig in Anspruch genommen werden und die Zahl der in dieser Wohlfahrtsdienstleistung beschäftigten Personen nicht das Bedürfnis übersteigt. Andernfalls haben sie, wie jeder andere, damit zu rechnen, daß sie zwangswelke zur Leistung vaterländischen Hilfsdienstes herangezogen werden. Auf eine letzte Frage, ob vaterländischer Hilfsdienst auch unentgeltlich geleistet werden kann, erwiderte der Redner, grundsätzlich würde zwar jede Leistung im vaterländischen Hilfsdienst entlohnt; selbstverständlich wäre es aber auch möglich, daß jemand auf Entlohnung verzichtete und die Dienste ehrenamtlich leistete.

Stadttheater. Für Montag, den 28. ds. Mt., ist von der Theaterleitung, nachdem die Wünsche gemäß, abermals Goethes herrliches Drama „Camont“ auf den Spielplan gesetzt. In die Wiederholung dieser Vorstellung, die sich durch sorgfältige Einübung aller Mitwirkenden und höchst geschickte Szenenarrangierung auszeichnete, schon an sich hochinteressant, so erhält sie dadurch noch besonderen Reiz, daß eine hier bereits beiläufig genannte junge Künstlerin vom Königl. Schauspielhaus in Berlin die Rolle des Klärchens spielen wird. Klärchen Hilde Coste, eine Geklein des vorberühmten hiesigen praktischen Arztes Dr. Hansen, begann ihre künstlerische Tätigkeit bei Reinhart am Deutschen Theater, war dann kurze Zeit am Märkischen Wandertheater tätig und folgte — kaum ein Jahr, nachdem sie die Bretter betreten hatte — einem Ruf an die Neue Wiener Bühne. Der war Hilde Coste drei Jahre mit wachsendem Erfolge beschäftigt. Zu Beginn dieses Spieljahres trat sie in den Verband des Königl. Schauspielhauses an, wo sie sich als Colona, Thelma, Babilons zu eringen verstand. Zu dem künstlerischen Genus, den die Aufführung am Montag im Ausicht stellt, kommt nun auch hinzu, daß sie zugunsten der hiesigen Kriegswichtigen erfolgt. Es darf daher mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß auch dieser Rezensent der Vorstellung dazu beitragen wird, ein ausverkauftes Haus zu bewirken.

Unsere Kriegswichtigen. Der Unteranspruch für die Kriegswichtigen schreibt uns: „Se weiter die Zeit fortschreitet, desto schwieriger haben sich die Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt gestaltet. Ohne das weitestgehende Entgegenkommen des Ernährungsausschusses wäre es schon seit langem nicht mehr möglich gewesen, den Betrieb in den Kriegswichtigen in dem bisher noch immer, wenn auch unter Ueberwindung mancher Schwierigkeiten, durchzuführen. Die Anträge, welche die öffentlichen Küchen an den Staat z. B. im Januar in bezug auf Mühlenfabrikate stellten, waren so groß, daß ohne ihre Berücksichtigung etwa das Doppelte von dem an die Gesamtheit der Bevölkerung hätte zur Verteilung gelangen können, als geschehen ist. Dieser Zustand mußte den maßgebenden Stellen im Interesse der Allgemeinheit Veranlassung zur Einleitung der Speleimarten geben. Trotz der damit verbundenen Anrechnung der Lebensmittel erhalten die regelmäßigen Befürder der Küchen allein an Mühlenfabrikaten ungefähr das Fünftel von dem, was sie durch die Anrechnung haben einbringen müssen. An Kartoffeln erhalten sie, wenn sie die Speleimarten nur für die Mittagstoft verwenden, mehr als das Doppelte. Die

jenigen, welche auf Grund ihrer Zufahrtkarte ein zweites Liter Essen erhalten, stehen sich wiederum um das Doppelte günstiger.

Die Beschränkung der Abgabe auf 1 Liter Essen für jede Mahlzeit — eine Vorschrift übrigens, die in vielen Städten schon früher durchgeführt ist —, kann bei den herrschenden Verhältnissen einen Ausgleich durch Verbesserung der Speisen infolge Hinzunahme von mehr Mühlenfabrikaten oder mehr Fleisch nicht zur Folge haben; dem stehen die von der zuständigen Stellen erlassenen Bestimmungen entgegen.

Kartoffeln und Getreiden werden von der städtischen Kartoffelstelle und der städtischen Obst- und Gemüsestelle geliefert. Beide Stellen sind hinsichtlich der Güte dieser Lebensmittel von ihren Lieferanten abhängig. Sie können diesen gegenüber Gütemängel nicht oder nur selten geltend machen, wollen sie nicht die Lieferung überhaupt gefährden; bei dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln jeder Art ist die erste Hauptsache die Herbeischaffung der erforderlichen Mengen. Im Anschluß an die gesetzlichen Vorschriften wird zurzeit für jedes Liter Mittagessen 1/2 Pfund Rohkartoffeln verbraucht. Wir müssen es mit Dank anerkennen, daß die Küchen aus den für die bisherigen öffentlichen Anstalten und die Kriegsküchen aufgespeicherten Reserven auch während der langen Frostzeit stets mit Kartoffeln versorgt worden sind. In Hamburg z. B., um nur eine der vielen in solcher Lage befindlichen Städte zu nennen, stehen bereits seit längerem Kochen der Küchen keine Kartoffeln mehr zur Verfügung. Bei den Fleischlieferungen sind die Kriegsküchen hinsichtlich der Art und Ergiebigkeit von dem abhängig, was die Schlachthofverwaltung zur Verfügung stellen kann. Hülsenfrüchte konnten bisher immer noch gegeben werden, dank der Vorzüge des Ernährungsausschusses. Sie sind im freien Handel überhaupt nicht mehr zu haben. Aber auch der Ernährungsausschuss ist nicht in der Lage, besondere Ansprüche an ihre Güte zu stellen. Er ist gezwungen, das abzunehmen, was ihm von den Reichsstellen überwiesen wird. Da heute zu den Hülsenfrüchten alles gerechnet wird, was an Erbsen und Bohnen gewachsen ist, da ferner die verschiedensten Sorten — aber nicht erst in Lübeck — zusammengeschüttet sind und nicht immer der letzten Ernte entstammen, so ist es erklärlich, daß sie sich mitunter nicht mehr kochen lassen. Sogar gibt es in den erforderlichen Mengen nicht mehr. In den Küchen konnte bisher immer noch Ertrag in Sauerkraut, Pfeffer und Saft gegeben werden. Gleichfalls geben die Küchen regelmäßig Bier, Milch, Fett und Schokoladentropfen ab; auch Sauerkraut ist in genügender Menge vorhanden, alles Dinge, die der Allgemeinheit nicht oder kaum mehr zugänglich sind. Im übrigen ist der freie Einkauf seit längerer Zeit auch den Küchen nur noch auf wenigen Gebieten möglich. Auf die sorgfältige und möglichst abwechslungsreiche Zusammenstellung des Küchenzettels wird das größte Gewicht gelegt. Die Gerichte werden nach hiesiger Kochweise unter ständiger Aufsicht sachverständiger Damen zubereitet. Morgens um 6 Uhr wird stets mit dem Kochen angefangen. Um 11 Uhr beginnt die Verköstigung der Ausgabestellen. Es ist ohne weiteres klar, daß die Zwischenzeit lang genug ist, um die Speisen gar kochen zu können. Daß peinlichste Sauberkeit, wie in allen großen Betrieben, so auch für die Kriegsküchen und Ausgabestellen selbstverständliche Pflicht ist, bedarf nur des Hinweises. Da in manchen Kreisen über die Zutaten zu jedem Liter Essen — berechnete auf die Maße — Unklarheiten herrschen, wird zu eigenem Nutzen der Leser die nachstehende Zusammenstellung die Unterlage bilden können.

	Mittag	26. Febr.	5. - 11. März	12. - 18. März
Mehl	130 g	110 g	150 g	180 g
Kartoffeln	1500	1500	1500	1500
Mühlenfabrikate	465	465	455	607
Gemüse	3100	3400	2950	2710

Zur Abdeckung werden wöchentlich für das Liter 500 g Getreidevorräte verwendet, für den Monat von 30 Tagen also insgesamt 1 1/2 Rind.

### Kriegsblüten. Ein hiesiges Blatt veröffentlicht folgende Anzeige:

**Donig.**  
Zwecks Vergrößerung meiner Bienenzucht habe ich Anteile von je fünfzig Mark aus. Als Zinsen jährlich im Juli fünf Pfund Donig.  
So läßt Zinsen werden in dieser „trockenen“ Zeit gewiß Kapitalisten locken!

**pb. Einbruch in einer hiesigen Wurstfabrik.** In der Nacht vom 22. ds. Mts. wurde in einer hiesigen Wurstfabrik ein größerer Einbruchdiebstahl ausgeführt, bei dem Wurst und Fleischwaren im Werte von über 1000 Mark gestohlen wurden. Als Täter konnten noch im Laufe des Vormittags vier jugendliche Arbeiter von hier ermittelt und festgenommen werden. Die festgenommenen sind trotz ihrer Jugend bereits mehr oder weniger vorbestraft.

**pb. Steckbriefing.** Ermittelt und festgenommen wurde eine Arbeiterin am Neuteichhof, die seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls Steckbrieflich verfolgt wurde.

**pb. Brandstiftung.** Von einem Schlosser aus Fürstenberg wurde in letzter Nacht die Schaufensterveranda eines Buchgeschäftes in der Breiten Straße vorsätzlich zerstört. Der Täter konnte eigenommen werden.

**Kratow.** Der Tod des Wildschützen. Der Wildmeister B. aus Willershütte hatte schon seit einiger Zeit bemerkt, daß in seinem Revier gemildert wurde. Als er sich Sonntag früh in den Wald begeben wollte, bemerkte er in einiger Entfernung eine verdächtige Person. Er schritt ihr den Weg ab und überholte den Mann, das Gewehr schüßbereit haltend, auf, stehen zu bleiben. Der Wilderer — es handelt sich um einen in Wilsen beschäftigten russischen Kriegsgefangenen — sprang logisch auf den Wildmeister ein und versuchte, ihm die Felle zu entreißen. Bei dem Ringen entließ sich die Waffe und die Kugel drang dem Russen oberhalb des Herzens in den Leib. Der Tod trat bald darauf ein.

**Reckburg.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich Mittwoch vormittag auf einem hiesigen Werk. Als Arbeiter dabei waren, einen Axtschweißapparat, der eingetroren war, aufzuklären, mußten sich ebenfalls die Arbeiter haben, denn plötzlich floh der innere Kessel heraus und traf den Arbeiter Kluth so schwer am Kopf, daß er auf der Stelle getötet wurde.

### Theater und Musik.

Das 25. vollständige Konzert war als Opernabend bezeichnet; es brachte drei Ouvertüren, die zu „Johann von Paris“, „Schwarzer Domino“ und „Die lustigen Weiber von Windsor“. Die Franzosen Boieldieu und Auber gehören beide der musikalischen Glanzperiode an, deren jetzt feindlichen Nachbarlandes an, die eine Fülle wirkungsvoller, melodischer und geistreicher Werke hervorgebracht. Auch die beiden Ouvertüren, die Hängsöhne zum Vortrag kamen, legen davon Zeugnis ab. Als eine der prächtigsten und wirkungsvollsten Ouvertüren gilt mit Recht Nicolais Vorspiel zur Oper „Die lustigen Weiber“, dessen lebendiger Vortrag ihr Mittwoch wieder zu einem vollen Erfolg verhalf. Immer wieder gern gehört wird Donizettis Zwischenaktmusik aus der „Regimentsmutter“. Auf dem Gebiet der Ballettmusik gehört diejenige von Gounod aus „Margarète“ mit zu dem Schönsten, was bisher geschaffen wurde. Sie gefiel denn auch sehr; ebenso der pompöse Eingangsmarsch aus der „Königin von Saba“ von Goldmark, Hammerdins bekannte Traumpantomime aus „Hänsel und Gretel“ und Kienzls humorvolle Volkszene aus dem „Enangeltmann“. Unter der ebenso umfänglichen wie feinfühligsten Leitung des Herrn Dr. Gähler nahm das Konzert einen schönen Verlauf.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 22. März.** (Amtlich.) An der Untergangsstelle des im Mittelmeer am 19. März versenkten französischen Großkampfschiffes wurde von dem Unterseeboot eine Kiste aufgefunden, die Briefe enthielt, aus denen festgestellt werden konnte, daß das versenkte Schiff das französische Linienschiff „Danton“ war.

**Kopenhagen, 22. März.** „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Der Petersburger gemeinschaftliche Ausschuss der Arbeiter und Soldaten beschloß, die Fabrikarbeit wieder einzustellen, falls die Regierung von dem vereinbarten Programm abweiche.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**In der Sammelstelle der Lübecker Sanitätskolonnen, Schildstraße 10.**

„Sie sammeln Papier?“ war meine Frage, als ich vor einigen Tagen die Geschäftsstelle der Lübecker Sanitätskolonnen betrat. Wir vermerkten alles, lautete die Antwort. Mit Interesse sah ich mich in den mir vor dem Kriege wohlbekannten Räumen um. Befand ich mich in der Geschäftsstelle der Sanitätskolonnen oder in einer Produktionshandlung? Auf der großen Diele türmte sich Sach auf Sach. Auf meine Frage erklärte man mir, daß in den Säcken Papier sei. Wir stopfen alles selbst und sparen den Arbeitelohn, um für unsere Liebesarbeit recht große Erträge zu erhalten. Es ist lustig anzusehen wenn Gymnasialen und Lehrer, Kaufleute und Handwerker hier im Drillschritt stehen, die Säcke stopfen oder die Konservebüchsen auf die Waagen laden. Wir haben im Kriege gelernt, daß nichts umkommen darf, alles verwertbar ist, fügte der Gefragte hinzu. Gintun auf der Diele sah ich eine Abteilung, in der bis zur Decke Konservebüchsen aufgeschichtet waren. Im Zimmer fand ich ein wüßtes Durcheinander. Mehrere Mitarbeiter der Kolonnen waren mit dem Sortieren und Aufräumen der eingelieferten Sachen beschäftigt. In die eine Kiste kam Mehl, in die andere Rinn, in die dritte Stantol, in die vierte Korken, in die fünfte Gummi, und so ging es fort. Ein kleiner Anabe lieferte Flaschen ab. „Bist eine Macellarte!“ Fröhlich rief der Knabe ab. „Mit welchem Betriebskapital arbeiten Sie?“ „Wir gebrauchen nichts, wir arbeiten alle umsonst und können so die vollen Erträge für die Zwecke des Roten Kreuzes verwenden. Unser Betriebskapital steckt in unseren Armen und in unserm gesunden Sinn. Wir können uns keiner, auch nicht der geringsten Arbeit. Nur so kann Großes für das Rote Kreuz geleistet werden.“ Die Klingel des Telefons ertönt. Alles steht wartend auf den Führer, der die Meldung entgegennimmt. „Dringender Transport. Schluss, in 25 Minuten ab Gevelsberg.“ Sofort ruht die Arbeit. Schnell werden 4 Koffer bestimmt. Sie eilen fort, um die Schwerverrannte ins Krankenhaus zu holen. Die Zurückgebliebenen arbeiten weiter, fröhlich und gern. Sie leisten Kleinarbeit für das Vaterland und erfreuen sich der Erfolge, die sie erzielen. Glückliche Menschen in erster Zeit!

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Zigarren, Zigaretten** Tabak — Shag, Eröbte Auswahl Billigste und beste Schüsselbuden  
Hamburger a. großes Lager Bezugsquelle für 18. I.  
schwarz, kraus. in allen Wiederverkäufer u. Fernsor. 418.  
Zündlizer. Preilaren. Private. (S'48)

### Bekanntmachung.

Am 26. März bis 1. April 1917 sollen an jeder bis zum 15. März 1917 zur Kundmachung angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

125 Gramm Gerstengrausen zum Preise von 50 Mks. für 1/2 kg (1 Pfund) auf dem Abschnitt G V des Lebensmittelbuches.

50 Gramm Runkelrüben (Zubereitung nach Vorrat) zum Preise von 65 Mks. für 1/2 kg (1 Pfund) auf dem Abschnitt XI des Lebensmittelbuches.

Die Ware ist bei demjenigen Kleinhandler zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zur Kundmachung für Kolonialwaren erfolgt ist. Die gesammelten Abnahme für diese Verteilungen (Stauben Nr. 27) (Runkelrüben Nr. 28) haben die Verkäufer in gewohnter Weise bis zum 6. April abzugeben.

S. 666, den 22. März 1917.

### Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

### Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

Am 26. März bis 31. März 1917 dürfen auf die Fleischerei 50 Gramm Rindfleisch oder 500 Gramm Kalbfleisch auf die Kundmachung die Ware, abzugeben und abzunehmen werden. Die Verteilung haben die Käufer der gemeinsamen Fleischerei bei dem zuständigen Schlachter zu entnehmen an welchem, daß von ihm dem Schlachter die Menge, dem 22. März, abzugeben. S. 666, den 22. März 1917.

### Das Postamt.

Eine sozialdemokratische Zeitung Norddeutschlands sucht für den politischen sowie für den lokalen Teil ihrer Zeitung je einen Redakteur. Beide Personen müssen längere Erfahrung besitzen, selbständig arbeiten und auf allen Gebieten bewandert, sowie militärfrei sein. Ferner einen Buchhalter für dopp. bel. Buchführung. Ihm liegt das Interieren, Kalkulation in Abrechnungen, Korrespondenz, Lager im Bilanzabschluss und die Verteilung des Geschäftsjahres ob. Alle 3 Bewerber wollen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit ihre Bemerkung unter M. F. V. an die Expedition des „Lüb. Volksboten“ richten.

Berlin, den 22. März 1917.

Dieucht für eine norddeutsche Buchdruckerei:

2 Maschinensetzer mit genauer Kenntnis des Maschinenmechanismus,

3 Handsetzer für Zeitung und Abdrucken,

1 Korrektor, der auch beim Zeitungssatz Aushilfe leisten muß.

Bewerber müssen militärfrei sein. Angebote sind zu richten unter M. F. V. an die Expedition des „Lübecker Volksboten“.

### Bekanntmachung.

Am 1. Juli bis 31. Dezember 1916 sind in den Wagen der Lübecker Straßenbahn nachbenannte Gegenstände verloren gegangen und abgeliefert worden:

ca. 210 Herren- und Damenmäntel, ca. 20 Spazierstöcke, ca. 40 Portemonnaies mit und ohne Inhalt, ca. 75 Brieftaschen mit verschiedenem Inhalt, ca. 150 Paar Handschuhe, Handschuhe und Schuhmacherarbeiten, den Hütern, Schuhen, Schirmen, Kapseln, Entschärfen usw.

Die Gegenstände erhaltenden werden aufgefordert, ihre Rechte binnen 6 Wochen, vom Tage dieser Bekanntmachung abgerechnet, bei der unterzeichneten Verwaltungsveranstaltung anzumelden. Nach Ablauf vorgenannter Frist erfolgt die öffentliche Versteigerung der Gegenstände.

S. 666, den 22. März 1917.

### Für den Sonntagsdienst

werden noch einige Führer und Schaffner benötigt.

(S. 666) Geeignete Bewerber, gut bekannt mit dem Betrieb, mit einer Bescheinigung von 1,50 - 1,70 m. Körpergröße, werden im Bureau des Verkehrsamt.

S. 666, den 22. März 1917.

### HANSA-THEATER.

Sonntag, den 25. März, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
Da kam der Hindenburg.

Vaterländ. Schauspiel in 4 Akten von Thalhammer u. J. Koenig.

Jugendliche zahlen auf allen Plätzen unten 50 Pfg., oben 30 Pfg.

Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen danken herzlich (8049)  
Chr. Evers u. Familie.

### deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Die Auszahlung der Unterstützung an die Kriegerfrauen findet am Sonntag, dem 25. März 1917, vormittags von 11 bis 1 Uhr statt.

(S. 666) Die Lokalverwaltung.

### J. H. Pein

Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

### Visitenkarten

liert schnellstens  
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

### Stadttheater.

Freitag, den 23. März 1917  
Der Troubadour.  
Oper von G. Verdi.  
Sonabend, den 24. März 1917  
Zum ersten Male:  
Liebe.

Eine Tragödie v. A. Wildgans.  
Anfang der Vorstellungen 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, den 25. März 1917  
Nachmittags 8 Uhr:  
Jeder Platz 50 Pfg.  
Großstadtluft.

Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 8 bis 9 Uhr an der Theaterkasse.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Fra Diavolo.  
Komische Oper von Auber.  
Montag, den 26. März 1917  
Anfang 7 Uhr.  
Große Wohltätigkeitsvorsichtung zugunsten des Lübecker Landesausschusses für Kriegsverletzte:  
Gastspiel von Hilde Coste v. Kgl. Schauspielhaus Berlin:  
Egmont.  
Klärchen . . . Hilde Coste.

# Die Gewerkschaftseingaben im Kriegsernährungsamt und Kriegsamt.

Aus Anlaß der Eingaben der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den deutschen Reichsminister und an das Kriegsernährungsamt fand am 18. März eine vierstündige Konferenz mit Vertretern der Verbände, die die Eingaben unterzeichnet haben, im Beisein der drei für das Ernährungsamt zuständigen Herren v. Batocki, General Gröner und Staatskommissar Dr. Michaelis statt, die sich eingehend und sachlich mit den Beschwerden und Vorschlägen der Eingaben beschäftigte und den Beweis lieferte, daß diesen von den dazu berufenen Stellen ein hoher Wert beigegeben wird. Die Konferenz fand auf Einladung des Kriegsernährungsamts in dessen Räumlichkeiten statt. An derselben nahmen außer den genannten Vertretern des Kriegsernährungsamts, des Kriegsamts und des preussischen Staatskommissars für Ernährungswesen teil der Unterstaatssekretär des preussischen Landwirtschaftsministeriums v. Falkenhäuser sowie einige Vertreter des Kriegsamts und des Kriegsernährungsamts, ferner als Vertreter der Eingaben drei Vertreter der freien Gewerkschaften und je ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, deutscher Gewerksverein, polnischen Berufsvereinigungen, der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht. — Herr v. Batocki leitete die Aussprache ein mit dem Wunsch nach eingehender Information über die Beschwerden und Vorschläge der Gewerkschaften und nach einer Verständigung. Er zitierte eine mündliche Erklärung der Abgabe einer schriftlichen Antwort vor, wolle aber vermeiden, auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem preussischen Landwirtschaftsminister einzugehen.

Herr Umbreit (Generalkommission) begründete die Eingaben in längeren Ausführungen. Das mit der Einsetzung des Kriegsernährungsamts erprobte Ziel, die Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Kriegsernährung zu sichern, sei nicht erreicht worden. Die Landeszentralbehörden ständen nach wie vor der einheitlichen Regelung und der Durchführung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts hindernd im Wege, vor allem suche das preussische Landwirtschaftsministerium einen verhängnisvollen Einfluß auf die Preisregelung und Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen. Die Rationierung bestehe nur für die städtischen Verbraucher, den Erzeugern würden größere Mengen belassen, und auf dem Lande sei das Vorkommen größerer Vorräte durch den Schleichhandel erwiesen. Der Landwirtschaftsminister suche die Landbevölkerung der strengen Rationierung zu entziehen und verlange ein: Rücksichtnahme auf die Stimmung der ländlichen Erzeuger, die deren Gewissenhaftigkeit nur abwärts könne. Ein Teil der ländlichen Behörden habe die Gefahr erkannt und den Landwirten ins Gewissen geredet, und der Hindenburgbrief erinnere besonders die Landeszentralbehörden daran, doch es um ein oder höchstens ein Prozent des Reiches gehe. Die mangelnde Erfassung der Lebensmittel durch die Behörden steigere die Gefahr der Verteilung ins Ungewöhnliche. Die einseitige Erzeugerpolitik des Landwirtschaftsministers führe uns kein Mehr an Lebensmitteln, weil die Voraussetzungen dafür — Boden, Dünger, Gespanne und Arbeitskräfte — nicht beliebig vermehrbar seien, und führe nur zu Verschleudungen in der Erzeugung zugunsten des lohnenden Anbaues und zum Nachteil der durch Höchstpreis geregelten Massenbedarfsmittel. Nicht minder wichtig als die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln, sei die Stimmung der Verbraucher, besonders der Arbeitermassen als Erzeuger anderer ebenso wichtiger Bedarfsgegenstände. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben sich bereitwillig in den Dienst der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes gestellt. Sie müssen aber erlassen, wenn nicht alles für die hinreichende Ernährung der im Dienste der Landesverteidigung tätigen Arbeiter und Angestellten geschieht. Ihre Eingaben bezwecken nicht, den einen Landwirtschaftsminister durch den anderen zu ersetzen, sondern das Kriegsernährungsamt von den Landeszentralbehörden unabhängig zu machen und durch die unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt zur besseren Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel und deren gerechter Verteilung zu befähigen. Sie fordern gleiche Rationierung für Stadt und Land und eine Verminderung der Spannungen zwischen den Erzeugern und Verbrauchern.

Herr v. Batocki erwiderte, daß die Rationierung, soweit es sich um Lebensmittel handelt, deren Regelung das Reich übernommen habe, für alle gleich sei. Das Kriegsernährungsamt habe eine Anreizpolitik niemals verfolgt. Die Getreide- und Kartoffelpreise in den übrigen Ländern seien fast durchweg höher als in

Deutschland. Das Landwirtschaftsministerium habe den Maßnahmen des Kriegsernährungsamts nicht entgegengeköpft. Wenn es in einzelnen Betrieben zu Streiks gekommen sei, so habe wohl auch die Lohnfrage dabei eine Rolle gespielt. Der Schleichhandel sei bedauerlich, werde aber überbügelt. Die Erfassung solcher Mengen werde die allgemeine Rationierung noch nicht um ein Prozent aufbessern.

General Gröner erklärte, daß das Kriegsamt bereits heute in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt und jederzeit zu dessen Verfügung stehe, ebenso auf Ersuchen des preussischen Staatskommissars für Ernährung bereit sei, alle Maßnahmen dieser Stelle zur Erfassung von Lebensmitteln zu unterstützen. Sein Amt sei jedoch so überlastet, daß nicht daran zu denken sei, ihm auch noch die Durchführung der Kriegsernährung mit zu übertragen.

Der preussische Staatskommissar Dr. Michaelis erläuterte die Gründe, die zur Schaffung seines Amtes geführt haben. Sie liegen im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherige landesbehördliche Organisation. Wir stehen im dritten Kriegsjahr ungewissenheit der Tatsache gegenüber, daß die Moral eines Teiles der Bevölkerung in dem Stillsitzen und auf dem Lande insofern gesunken ist, daß mancher glaubt, zunächst für sich sorgen zu müssen. Deshalb muß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen gewahrt werden. Was die Eingaben fordernd, sei im wesentlichen durch die Einrichtung seines Amtes erreicht; die Vereinheitlichung der drei Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, sei nicht durchführbar. Der Staatskommissar könne sehr viel tun, auch für die Erhaltung der Lebensmittel bis in die kleinsten Gemeinden. Die Vorräte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden kann.

Herr v. Batocki ergänzte die Ausführungen durch Darlegungen in bezug auf die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der Erhebungen über unsere Lebensmittelvorräte, die noch nicht abschließend, aber doch als recht ernst zu bezeichnen seien. Es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gepart werden; für Getreide schließt sich daran die Verteilung mehr Mehl und danach möglichst Hafer, Erbsen und Gersteflocken. Zwischen den drei Zentralstellen bestehe vollständiges Einverständnis über die Notwendigkeit eines schärferen Vorgehens. Überdies finde demnächst eine Besprechung mit den Ministern aller Bundesstaaten zur Durchführung schärferer Maßnahmen statt.

Herr Beder (christliche Gewerkschaften) ging auf die preiszehrenden Folgen der Anreizpolitik ein und betonte, daß man eine Einwirkung des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit moralischen Mitteln vermesse. Sicher seien Lebensmittel unerschöpflich verbraucht worden, es seien aber auch noch Reserven auf dem Lande vorhanden, die zu erfahren dringend geboten sei. Auch die Milch-, Butter- und Eierablieferung müsse durch eine straffere Organisation wesentlich gesteigert werden.

Herr Hartmann (Gewerkschaften) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unterschiedliche Rationierung in den Gemeinden. Selbst bei benachbarten Gemeinden kommen Unterschiede vor, die als ungerecht empfunden würden.

Herr v. Batocki sagt eine Unterjochung dieser Beschwerden zu.

Herr Cohen (Generalkommission) gab nähere Details über einige Arbeiterausstände und wies den engen Zusammenhang zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und den Lohnforderungen der Arbeiter nach. Der illegale Handel sei doch ganz bedeutend, denn die Fabriken ließen ihren Arbeitern große Posten von Kraftnahrungsmitteln zur Verfügung, allerdings zu Preisen, für die selbst die gegenwärtig hohen Löhne noch nicht ausreichten. Rechnerinterpelliert das Kriegsernährungsamt wegen der in Aussicht gestellten Besserung der Kartoffelration für Berlin und Umgegend. Man habe diesen die Preiszulage entzogen, ehe die verheißene Kartoffelversorgung zur Tatsache wurde.

Herr v. Batocki entgegnete, daß solche Maßnahmen wochenlang vorher eingeleitet werden müßten. Niemand habe damals die Wiederkehr der Frostperiode im März voraussehen können, die die Kartoffelkultur verhindecie.

Herr Legien wies auf die große Bedeutung der Ernährungsfrage für die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes hin und rügte scharf die unzureichenden Löhne, mit denen viele Unternehmer ihre Arbeiter abspießen. Das Kriegsamt möge auf diese Dinge ein

schärferes Auge haben, damit es nicht zur Ansammlung von gefährlichen Stimmungen komme. Leider habe das Kriegsamt den für den Hilfsdienst reklamierten Heeresangehörigen die Vorteile der Ausschüsse entzogen. Im weiteren ging der Redner auf das notwendige Zusammenarbeiten zwischen Kriegsernährungsamt und Kriegsamt näher ein. Die Gewerkschaften dürften nicht daran, für jede Gemeinde neue militärische Behörden zu fordern, sondern es zügelte, den Verwaltungsbehörden militärische Exekutiven zur Seite zu stellen, die auf Erfordern Requisitionen und Enteignungen vornehmen.

Herr Umbreit akzeptierte die Zusagen des Chefs des Kriegsamts und des preussischen Staatskommissars, möchte aber erst deren Erfolge abwarten, ehe er die Forderungen der Gewerkschaftseingaben als erfüllt erachten könne. Die Darlegungen des Herrn v. Batocki seien wenig hoffnungsvoll, und wenn weitere Einschränkungen der Rationen unvermeidlich seien, dann müsse um so mehr eine strenge Durchführung gleicher Rationierung für Stadt und Land gefordert werden. Wenn solche nur auf dem Papier stände und nicht durchgeführt werde, ist sie wertlos. Die Anreizpolitik wird besonders von den landwirtschaftlichen Verteilungen verlangt. Ein Kartoffelpreis von 8 Mk. pro Zentner, wie ihn Herr v. Kardorff im Landtage forderte, zeige nicht nur weit über die Produktionskosten hinaus, sondern ist als ungeheuerlich zu bezeichnen. Daß im Ausland durchweg höhere Preise beständen, treffe für Dänemark nicht zu, wo die Zerealienpreise niedriger als bei uns seien. Allerdings seien dort ebenso wie in Deutschland Höchstpreise.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäuser erklärt namens des preussischen Landwirtschaftsministeriums, er sei erstent, einmal Aug in Aug den Anträgen auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Widerstände in der Ernährungsfrage, als der er betrachtet werde, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen. Von dem Wirken des Landwirtschaftsministeriums komme nur das wenigste in die Deffentlichkeit, aber man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnisse aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungswesen abgegeben.

General Gröner geht auf die Beschwerden des Herrn Legien näher ein und sagt eine Hilfe des Kriegsamt in der betreffenden Regelung der Lohnfrage zu. Hinsichtlich der Ernährung sei damit zu rechnen, daß große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden. Um so mehr komme es darauf an, die volle Personalkraft zu bewahren, damit Deutschland siegreich bleibe.

Herr Stegertwald (Kriegsernährungsamt) verbreitete sich über die Auswirkung der Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit und über die Notwendigkeit scharfer Eingriffe zur Erhaltung der Vorräte. Er habe im rheinischen Industriegebiet große Versammlungen abgehalten, in denen er den Ernst der Lage nicht verschwiegen habe. Man war in den Versammlungen einmütig geschlossen, durchzuhalten. Man wolle auch Not leiden, damit Deutschland am Leben bleibe, aber dann müsse die Not von allen getragen werden.

Da Herr v. Falkenhäuser inzwischen die Konferenz wegen anderweitiger dringender Geschäfte verlassen hatte, stellte Herr Umbreit fest, daß er und seine Gewerkschaftsfreunde dem Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums gern erwidern hätten, und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Auseinandersetzungen hier unterbrochen und an anderer Stelle ausgetragen würden.

Herr v. Batocki faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, einmütig zusammenarbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterhaft sicherzustellen. Es dürfe aber nicht verheißt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache die Vertreter der Gewerkschaften davon überzeugt habe, daß die verantwortlichen Stellen im Reich sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage vollhaft bewußt seien.

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Doljowski.

124. Fortsetzung.

„Ich bin einer Erklärung halber gekommen, mein lieber Rodion Romanowitsch, einer Erklärung halber! Ich bin verpflichtet vor Euch zu derselben, fuhr er fort, lächelnd und sogar die Arie Rasstolnikows leicht mit der Hand klopfend, doch fast im selben Moment nahm sein Antlitz plötzlich eine ernste und bejorgte Miene an, als wende er sich in Schmerz an ihn, jedoch Rasstolnikow in Verwunderung geriet. Er hatte bei diesem Manne nie und nimmermehr eine solche Miene für möglich gehalten.“

„Eine seltsame Szene hat sich jüngst zwischen uns zugetragen, Rodion Romanowitsch,“ sagte Porphyrius, „es ist zwar auch wohl schon bei Gelegenheit des ersten Zusammenkommens eine solche vorgefallen, doch damals — nun, jetzt kommt ja alles auf eins heraus. Die Sache ist folgende: Ich werde regelmäßigerweise sehr schuldig vor Euch erscheinen, das fühle ich wohl. Als wir uns kürzlich trennten, wüßte Ihr noch: da beiden Eure Nerven und Eure Glieder schlotterten, aber auch meine Nerven bebten und meine Glieder schlotterten. Ihr wüßt, daß es da bei uns nicht der Ordnung gemäß zugegangen war, nicht gentleman-like. Und doch sind wir Gentleman, das heißt jedenfalls sind wir es mehr als jeder andere, das ist in Rücksicht zu ziehen. Ihr wüßt, wie weit es zwischen uns gekommen ist, sogar bis zum Unanständigkeit!“

„Was mag er wollen, weshalb seht er mir so zu?“ fragte Rasstolnikow fassungslos, er hob den Kopf und schaute voll auf Porphyrius.

„Ich habe nun die Meinung gewonnen, daß wir in offenem Verkehr jetzt weiter kommen werden,“ fuhr Porphyrius fort, den Kopf etwas zurücklegend und die Augen senkend, als wüßte er nicht, mit welchem Blicke sein früheres Opfer zu verwirren und als verschämte er seine Hilfsmittel und Schlingen von früher, ja, derartige Verdächtigungen und solche Szenen können sich nicht wiederholen. Uns hat damals Nikolaj voneinander entbunden, ich weiß wirklich nicht, wozin es sonst noch zwischen uns gekommen sein würde. Jener verwünschte Bürger, sag da bei mir hinter der Scheidewand — könnt Ihr Euch dies vorstellen? Ihr wüßt es jedenfalls bereits! Auch mir war es sehr unangenehm, daß er später zu Euch gelaufen ist. Aber was Ihr damals dachtet, dem war nicht so; ich hatte nach niemandem gefragt und heizt durchaus keine Anordnung getroffen. Ihr werdet fragen, weshalb ich es nicht getan, und wie soll ich darauf antworten, es trieb mich in der Tat alles dazu. Ich hatte nach den beiden Hausmännern geschickt; Ihr habt sie beim Fortgehen wohl auch bemerkt — ich hatte damals einen Gedanken, der mir einzeln kam und schnell wie der Blitz; ich war schon fast überzeugt, in jenem Augenblick,

Rodion Romanowitsch. Ich was, dachte ich, lasse ich das eine auf kurze Zeit los, so nehme ich dafür das andere am Schwanz — den richtigen lasse ich nicht fahren!“

„Ihr seid von Natur sehr reizbar, Rodion Romanowitsch, sagt etwas zu sehr, bei allen Vorzügen Eures Charakters und Herzens, die ich mir schmeichle zum Teil erkannt zu haben. Nun, gewiß, ich hätte mir wohl denken können, daß es nicht oft vorkommt, wenn ein Mensch aufsteht und uns all seine eigenen Anlegenheiten haarklein ausdehnt. Dies ereignet sich gemeint nur, wenn einem Menschen der letzte Geduldsfaßaden gerissen ist, jedenfalls aber selten. Das konnte ich wohl voraussehen. Aber nein, dachte ich, und wenn ich nur einen kleinen Zug erlange! Den geringsten Wink, nur einen, aber einen solchen, daß man ihn mit Händen fassen kann, eine Sache, nicht mehr eine physikalische Wahrnehmung. Wenn ein Mensch schuldig ist, dachte ich, so muß es jedenfalls möglich sein, etwas Greifbares von ihm zu erlangen; ja es war sogar erlaubt, auf ein die Erwartung übersteigendes Resultat zu hoffen. Auf Euren Charakter nun, Rodion Romanowitsch, habe ich dabei gerechnet; vor allem auf Euren Charakter, und ich hoffte damals viel von Euch.“

„Aber — was sprecht Ihr doch da jetzt,“ murmelte Rasstolnikow, welcher das Gesprochene noch nicht ganz verstanden hatte. „Wozum mag er sprechen,“ wiederholte er selbstverloren, „behandelt er mich wirklich als einen Unwürdigen?“

„Was ich jetzt spreche?“ Ich bin gekommen, um mich zu erklären, was ich gewissermaßen für eine heilige Pflicht meinerseits erachte. Ich will Euch alles bis ins einzelne erklären, wie es ist, die ganze Geschichte jener, wie soll ich sagen — Verbleibens. Ich habe Euch viel Leids verursacht, Rodion Romanowitsch, aber ich bin kein Ungehör. Ich beargweife recht wohl, was es zu bedeuten hat, einen Menschen, welcher an sich schon niedergedrückt, aber stolz, unabhängig und undußsam ist, ganz besonders undußsam, quälend zu verfolgen.“

„Ich habe Euch jedenfalls für einen sehr edlen Charakter, welchem selbst die Grobmut nicht fremd ist, obgleich ich nicht mit all Euren Überzeugungen einverstanden bin, was ich als meine Pflicht erachte, im voraus zu bemerken, rückhaltlos, mit völliger Offenheit, denn ich will vor allem jedes Hinter-dem-Berge-Halten vermeiden!“ Als ich Euch kennen lernte, empfand ich Interesse für Euch. Ihr werdet vielleicht über diese Worte lachen? Nun, das Recht dazu habt Ihr ja! Ich weiß recht wohl, daß Ihr selbst vom ersten Augenblick an mich nicht geliebt habt, in Wahrheit, und um keinen Preis lieben könntet. Aber haltet das wie Ihr wollt, ich wünsche jetzt meinerseits mit allen Kräften jenen empfangenen Eindruck bei Euch wieder zu verwischen und zu zeigen, daß ich ein Mensch von Herz und Gemüt bin. Ich werde aufrichtig sein.“

„Alles der Reihe nach zu erzählen, wie es damals begann, wird kaum nötig sein,“ fuhr Porphyrius fort, „ich denke es ist

auch überflüssig und dann könnte ich es wohl auch kaum. Wie soll ich mich nun ausführlich erklären? Nun — zuerst drängen Gerüchte zu mir. Vorüber, vor wenn und wann, und durch welche Fügung sie sich auf Euch erstreckten — dies, glaube ich, ist wohl überflüssig anzuführen. Bei mir selbst war es der Fall in Folge eines Zufalles, eines eignen und rechten Zufalles, welcher ganz ebenso gut nicht hätte eintreten brauchen, wie er eintrat; welches nun? Um! Ich denke, das brauche ich auch nicht zu entscheiden. Alles beides, jene Gerüchte wie jener Zufall, floßen mir in Gedanken in ein Ganzes zusammen. Ich gestehe aufrichtig, — denn da ich einmal bedachte, so will ich es in allem tun — daß ich der erste damals war, welcher auf Euch verfallen ist. Jene Notizen von der Alten auf den Pfändern und dergl. und so weiter, das ist alles unnützes Zeug; dazu gibt es hunderte von Seitenblättern. Ich hatte Gelegenheit, damals im Bureau des Stadtviertels eine Szene bis in ihre kleinsten Einzelheiten kennen zu lernen, ebenfalls zufällig und nur so im Vorübergehen, und aus dem Munde eines ganz besonderen Erzählers, welcher ohne es zu wollen, diese Szene noch ausmündete. Er berichtete sie mir ganz unter vier Augen, mein lieber Rodion Romanowitsch! Nun, weshalb hätte ich dies Material nicht zu dem mir schon bekannten legen sollen? Aus hundert Rantunden wird niemals ein Pferd, aus hundert Verdächtigungen niemals ein Borewein, so sagt ein englisches Sprichwort; es entpringt nur dem reinen Verstande, aber steht nur dabei die Leidenschaft zu Rate, die Leidenschaft! Ich habe auch an Euren Auftrag gedacht, in jenem Journal, wüßt Ihr noch? Ihr spracht ausführlich über den selben bei Eurem ersten Besuch. Ich habe damals geschwiegt, aber ich tat es allein deshalb, um Euch noch mehr herauszufordern, ich wiederhole es. Ihr wart da noch undußsam, leidend, Rodion Romanowitsch. Was Ihr gewagt hattet, stolz und hochmütig und — fühlte, tief fühlte, das hatte ich längst durchgesehen. Mir waren alle jene Empfindungen bekannt und Euren Auftrag hatte ich gelesen, als kenne ich ihn schon. In schlaflosen Nächten, mit wogender Brust und klopfendem Herzen, mit erstarrtem Entschlussumus war er ausgefallen; aber ein solcher Entschlussumus, stolz und doch erstickt, wirkt gefährdend in der Jugend. Ich schmerzte damals, doch sage ich Euch jetzt, daß ich im allgemeinen die erste junge, gänzliche Erprobung der Feder außerordentlich liebe, das heißt als Liebhaber. Es ist noch Dampf und Nebel, aber eine Saite erklingt in diesem Nebel. Euer Auftrag war noch ungeschickt und zu voll von Phantasie, aber es schimmerte auch ihm eine Aufrichtigkeit, in welcher der jugendliche, unverständliche Stolz, die Kühnheit der Verzweiflung, lag; es war ein doppelstimmiger Auftrag, aber es war gut so! Ich habe ihn gelesen und dann aufbewahrt — als ich ihn aufbewahrt hatte, dachte ich damals, „Mit diesem Menschen ist noch nicht alle Tage Abend.“

(Fortsetzung folgt.)

# Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. März 1917.

87. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare.  
Die zweite Beratung des

Stats des Reichsamts des Innern  
wird fortgesetzt. Beim Artikel Reichs-Schulkommission ergreift das Wort

Schulz-Erfurt (Soz.): Das Institut der Einjährig-Freiwilligen nicht mehr berechtigt ist, haben bereits vor dem Kriege sachkundige Militärs zugegeben. Vom pädagogischen Standpunkt wird das Einjährig-Freiwilligenzeugnis einmütig als schädlich empfunden. Die Volksschule sollte auf eine Höhe gehoben werden, die eine Verkürzung der Dienstzeit ermöglicht. Ich hoffe, daß die vom Hauptausschuß beantragte Reichsschulkonferenz, die gleich nach Beendigung des Krieges zusammentreten soll, in dieser Richtung wirken wird. Die Resolution verlangt kein Reichsschulgesetz und keine Reichs-Schulbehörde, wie meine Freunde und ich sie erstreben. Der junge Bayer, der von der Prima kam, kann zur Unversität, der junge Preuze nicht. Ebenfalls Gegenstände zwischen Nord und Süd gibt es beim Schulengang bei den Volksschulen. Zwischen Schulengang und Schullehre liegt die große Frage der Schulreform, die die wichtigste Kulturangelegenheit des deutschen Volkes berührt. Um die Schulreform einheitlich zu regeln, braucht man noch keine Reichs-Schulgesetzgebung, aber die beantragte Reichsschulkonferenz könnte einen Zwang zur einheitlichen Regelung auf die Bundesregierung ausüben. Das Reich darf sich dieser wichtigen Aufgabe nicht entziehen. Ihre Lösung soll vorbereitet werden durch die Reichs-Schulkonferenz.

Rudhoff (Z.): Die Vorbildung für das Einjährig-Freiwilligen ist unserem wirtschaftlichen Leben in keiner Weise angepaßt. Am besten wird die Zulassung zum Einjährig-Freiwilligen, falls dieser überhaupt bestehen bleibt, von der Schule ganz genommen und dem Heere selbst überlassen. Für die militärische Jugendvorbereitung sollten einheitliche Grundsätze von der Regierung ausgehen werden. Die Resolution der Kommission, die eine Reichsschulkonferenz verlangt, werden meine politischen Freunde ablehnen.

Dr. Kerchensteiner (Dp.): Ueber die Frage der Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung kann ich mich meinem Vorredner anschließen. Sie bildet geradezu eine Gefahr für unsere höhere Schule. Die politische Wirkung einer Reichsschulkonferenz muß auf eine einheitliche Reichsschulgesetzgebung hingenommen werden. Die Schule bringt zu ihrer Entwicklung Freiheit, und die Einzelstaaten gehen im Reglementieren schon zu weit. Staatliche Zentralisation ist geradezu tödlich auf den Gebieten der Schule, der Religion und der Kunst. Der Staat gibt den Städten die nötige Freiheit, und das Gute wird dann auf dem Gebiete der Schullehre geschaffen werden und sich durchsetzen. Das einzige, was ich mit im Schulwesen zentralisiert geregelt denken kann, ist die Schulpflicht, die im ganzen Reich einheitlich vom 6. bis 18. Jahre reichen sollte.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Die vorliegende Resolution läßt darauf hinaus, das Schulwesen auf das Reich zu übertragen. Im Tag hat Herr Schulz in einem interessanten Aufsatz es als Zufall bezeichnet, daß bei Begründung des Deutschen Reiches das Schulwesen nicht seiner Kompetenz unterstellt worden ist. Das ist aber wirtschaftlich, kulturhistorisch und historisch begründet. Die Verhandlungen über die schwierige Frage des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs werden nach dem Kriege aufgenommen werden.

Dr. Ottmann (N.) verteidigt das Einjährig-Freiwilligen-Privileg, teilt aber nicht die Bedenken gegen die Einberufung einer Reichsschulkonferenz.

a. Gräfe (A.) erklärt sich gegen die Resolution der Kommission, die eine Enttötung der Einzelstaaten bedeuete.

Kunert (SA.): Wir stehen dem Antrag auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz durchaus sympathisch gegenüber. Jeder Initiative, die auf diesem Gebiete von Preußen ausgehen würde, würden wir mit größtem Mitgefühl begegnen.

Dr. Zaugg (N.): Es ist unerträglich, daß in manchen Bundesstaaten die Kriegsprüfungen nach dem Kriege zur Schulhaft zurück müssen, in anderen nicht. Eine einheitliche Regelung wäre nötig.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Für die Kriegsprüfungen werden überall besondere Kurse eingerichtet werden. Zur Schulhaft brauchen sie nicht zurück.

Dr. Sidorowicz (Dp.): Die höheren Schulen müssen aus der Umklammerung des Bundes befreit werden. Wir können nicht auf den Anstieg der Beobachtungen aus dem Volke verzichten.

Schulz-Erfurt (Soz.): Die Resolution fordert nicht eine Reichsschulgesetzgebung, sondern eine Reichsschulkonferenz. Diese verleiht unbedingt den Vorgesetzten eine präzisierende Schulkonferenz. Ich wünsche keineswegs, den Pädagogen, den Lehrern hinter zu stellen, sondern ich möchte eine gute Schule für das Volk. Wir ist das Schulleben die Hauptache, und bei der Schulpflicht kommt keine Schulreform in unserem Standpunkt schon entgegen. Das Reich kann sich aber nicht ausschalten lassen bei den Schulfragen.

Die Debatte schließt.  
Die Resolution auf Einberufung einer Reichsschulkonferenz wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Die übrigen von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen. Die von den Sozialdemokraten und der Arbeitergemeinschaft beantragten werden abgelehnt.

Dann wird die Einberufung eines Ausschusses zur Beratung des Gesetzes zur

Herabsetzung des Reichssteuerpreises.

Dr. Geisler (Soz.) will den 100prozentigen Zuschlag zur Reichssteuerpreise bei Grundbesitzbesitzungen, der vom 1. April 1917 ab wegfallen soll, bis auf weiteres aufrechterhalten. Dr. Spohn (Z.) beantragt eine Resolution des Reichstages, der Konventionen und Nationalitäten, sowie Ausländer zu erlassen werden sollen, wenn das Grundgesetz im Wege der Jugendverpflichtung zur Kritik von Hypotheken erweitert wird.

Keil (Soz.) spricht für eine Entzweiung der Reichssteuer des Gesetzes bis zum 31. März 1920 zu betreiben. Eine Abänderung der ganzen Materie ist dringend notwendig.

Dr. Arendt (Dp.) schlägt sich dem Vorredner an. Auch weiterer kurzer Rede, an der sich die Abgeordneten

Zimmermann (N.), Reibherz (Dp.) und Graf Reppert (A.) beteiligen, wird das Gesetz mit dem Antrag auf die Resolution angenommen und ist in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Dann wird die Beratung des

Stats des Reichsamts des Innern

Beim Artikel Gesundheitsamt beginnt

Kunert (SA.): Die notwendige Regelung des Mutter- und Säuglingswesens ist und wird einmütig als notwendig in das Gesetz zur Regulierung der Krankenkassen gemacht worden. Die Kommission hat die Resolutionen, die auch die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erörtern, bei eigenem Pro und contra diskutiert. Ein ganz klarer Standpunkt, wenn man die Krankenkassenkommissionen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Betracht zieht. Es ist eine Erregung aller Kräfte der Gesellschaft, daß man den Arbeitsschutz vorantreibt. Meine Partei wird sich nicht im Unklaren lassen. Die Sozialpolitik muß in sorgfältiger Weise betrieben werden auf der Basis des Wohlfühlens und eines vernünftigen Lebens. Der Reichstag der Geborenen zu unterstützen. Es handelt sich hier um eine Überwindung der Kräfte. Wir haben eine Überwindung, die in Hungerzeit gerät. Die Säuglingssterblichkeit ist in unserem Lande verhältnismäßig hoch, während eine Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit ein wichtiger Faktor der Gesundheitspolitik ist. Die Kommission hat die Resolutionen, die auch die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erörtern, bei eigenem Pro und contra diskutiert. Ein ganz klarer Standpunkt, wenn man die Krankenkassenkommissionen für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Betracht zieht. Es ist eine Erregung aller Kräfte der Gesellschaft, daß man den Arbeitsschutz vorantreibt. Meine Partei wird sich nicht im Unklaren lassen. Die Sozialpolitik muß in sorgfältiger Weise betrieben werden auf der Basis des Wohlfühlens und eines vernünftigen Lebens. Der Reichstag der Geborenen zu unterstützen. Es handelt sich hier um eine Überwindung der Kräfte. Wir haben eine Überwindung, die in Hungerzeit gerät. Die Säuglingssterblichkeit ist in unserem Lande verhältnismäßig hoch, während eine Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit ein wichtiger Faktor der Gesundheitspolitik ist.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum: Der Vorredner übertreibt gewaltig, wenn er von einer Hungerzeit in Deutschland spricht. Wir finden einen so starken Rückgang der Krankheits- und Todesfälle, daß der Staatssekretär mit Recht den Gesundheitszustand der Bevölkerung einen verhältnismäßig befriedigenden nennen konnte. Der sehr bedauerliche Geburtenrückgang hat leider schon vor dem Kriege eingesetzt. In den Bemühungen um Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit werden wir fortfahren.

Präsident Dr. Kämpff: Der Abgeordnete Kunert hat dem Kaiser und Kanzler die Schuld an dem Tod und Unglück von Millionen gegeben und sie damit als Ursache des Krieges hingestellt. Dafür rufe ich ihn zur Ordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Auf den Schlußsatz des Abg. Kunert sage ich: Ein Deutscher, der gegenwärtig russische und deutsche Zustände in einem Atem nennt, beschmüht sein Vaterland.

Haß (Soz.): Ein Deutscher, der offenkundig Tatsachen angeht, leistet seinem Vaterland einen schlechten Dienst. Mit der Ernährung ist es bei uns überaus traurig bestellt, und nichts darf verkannt werden, um diese Zustände zu bessern. Der Herr Präsident des Reichsgesundheitsamtes hätte nicht ein so erfreuliches Bild der Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung malen sollen. Die Unterernährung wirkt geradezu furchtbar. Demgegenüber ist es berechtigt, auf noch mehr Sozialpolitik hinzuwirken.

Dittmann (SA.): Man kennt die Zustände sehr wohl, aber man gibt sich den Anschein, sie nicht zu kennen. In vielen Betrieben fallen die Arbeiter tatsächlich vor Hunger um. Man soll dem Volke doch nicht einen blauen Dunst vormachen, wie einige der Regierungsvorredner (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung). Das Urteil darüber überlasse ich getroffen dem Lande selbst. Es herrscht Hungersnot, bestreiten Sie das nicht, sondern sorgen Sie für Abstellung der Ursachen, indem Sie auf die Befolgung einer Politik dringen, die einen baldigen Frieden ermöglicht.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum: Herr Kunert hat es hier so hingestellt, als ob eine ganz allgemeine Hungersnot in Deutschland herrsche. Das ist eine Uebertreibung ohne gleichen. Daß hier und da besondere Teuerungszustände bestehen, kann ich nicht bestreiten, aber der Uebertreibung, daß im ganzen deutschen Volke Hungersnot herrsche, muß ich widersprechen.

Kunert (SA.): Weil ich deutsche Reaktionen und russische Revolutionäre in Vergleich bringe, soll ich mein Vaterland beschmüht haben. Ich wäre stolz darauf, wenn der Fortschritt bei uns vorhanden wäre, der jetzt im russischen Reich vorhanden ist.

Die Debatte schließt.  
Beim Artikel „Reichsversicherungsamt“ wünscht Abgeordneter

Sefer-Arnberg (Z.), daß die Krankenkassen für die Kosten entschädigt werden sollen, die ihnen aus der Regelung der Kriegskassen erwachsen.

Haß (Soz.): Wenn wir heute in der Kritik enthalten sind, so darf nicht daraus gefolgert werden, daß keine Mängel bestehen. Wir haben uns bei der Arbeiterversicherung eine schwere Verantwortung zuzuschreiben kommen lassen, weil wir an einen Krieg und an Kriegsverhältnisse nicht gedacht haben. Wir müssen die Versicherungen nach dem Kriege auf eine finanziell gesunde Grundlage stellen. Dazu müssen aber schon jetzt die nötigen statistischen Grundlagen geschaffen werden, und ich frage, ob bereits an diese Aufgabe herangegangen ist.

Minister Kassner: Die Belastung der Krankenkassen durch die Kriegskassen ist schon lange Gegenstand ernsthafter Erwägungen. Auch die Frage statistischer Erhebungen über die Einwirkung der Kriegsschäden auf die Krankenkassen ist eingehend geprüft worden, aber die Frage, welche Krankheiten die Folge einer Kriegsbekämpfung sind, kann nicht nach einem statistischen Schema, sondern nur im einzelnen Falle beantwortet werden.

Sefermann (N.): Leider ist man noch nicht überall von sozialem Geist durchdrungen, insbesondere nicht bei der Beurteilung von Betriebsunfällen. Eingehriges Handeln zücht das Simulantenium. Das sollten die Versteher sehr beachten. Redner tritt des weiteren für einen Antrag Kassermann ein, manoch Rentenempfänger aus dem Reichsversicherungsamt im Falle der Bedürftigkeit angemessene Kriegszulagen aus Reichsmitteln erhalten sollen.

Die Abg. Behrend (Dp.) und Cosmann (Z.) schließen sich dem Antrag Kassermann an.

Der Antrag wird genehmigt.  
Beim Artikel „Aufsichtsamt für Privatversicherungen“ weist

Hildenbrandt (Soz.) auf die Bereicherung der Privatversicherungsanstalten während des Krieges hin, die aus dem verhältnismäßig geringen Verlauf von vielen großen und kleineren Versicherungen entstanden sind. Diese unannehmliche Folge des Krieges muß geradezu als unmoralische Ausnutzung des Krieges bezeichnet werden. Das Risiko tragen ganz die Versicherungsnehmer, von den Gesellschaften ist ein Entgegenkommen nicht zu erwarten. Die wollen eine Änderung der Bestimmungen erst eintreten lassen - beim nächsten Kriege! Man muß daher von Reich wegen eingreifen, und man kann das. Ein Antrag unserer Freunde weist einen Weg zur Abhilfe. Wir beantragen, daß für alle Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen, die während des Krieges durch Einstellung der Prämienzahlung verfallenen Versicherungen dadurch wieder in Kraft gesetzt werden können, daß die Versicherungsnehmer die Prämien zinsfrei nachzahlen oder vorläufige Beiträge, daß der Beginn und Endtermin der Versicherungen ohne Kürzung der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht gezahlt werden. Dieser Antrag schädigt die Gesellschaften nicht. Er heißt das mindeste von dem dar, was man für die gefährdeten Versicherungsnehmer verlangen muß. Die Durchführbarkeit des Antrages ist ganz zweifellos, denn die „Kollektur“ verfährt bereits nach dem in unserem Antrage ganz allgemein geforderten Sinne.

Die Abg. v. Graefe (A.) und Behrend (Dp.) geben ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Vorredners und dem Antrag. Behrend teilt mit, daß auch die Deutsche Volksversicherung nach dem Antrage verfähre.

Dann vertritt das Haus die Wetterberatung.

Die (N.) zur Geschäftsordnung: Fünf große Berliner Zeitungen haben über die geringe Menge des Staatspapiers nichts geschwiegen unter dem Vorwand des Papiermangels. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er etwas Näheres darüber weiß?

Staatssekretär Dr. Helfferich: Zur Aufklärung kann ich mitteilen, daß vor 14 Tagen die betreffenden fünf Zeitungen an den Reichstempel eine Eingabe mit einer Reihe von Wünschen gerichtet haben. Diese Eingabe ist dem Reichsamt des Innern übergeben worden. Daß ein besonderer Papiermangel bei ihnen vorliegt, ist weder dem Reichsamt des Innern, noch der Papierwirtschaftsstelle mitgeteilt worden. Die Entscheidung über die Eingabe wird natürlich unabhängig davon getroffen werden, ob meine Rede von den betreffenden Zeitungen gebracht wird oder nicht.

Gröber (Z.): Wenn die fünf Zeitungen sich herausnehmen, einen Redner für eine witzige oder verurteilende Tat durch Nichtbeachtung ihrer Rede zu bestrafen, so haben wir allen Anlaß, dieses Bestreben als völlig unangehörig zu bezeichnen, doppelt unangehörig, wenn dadurch ein Dienst am Papiermangel auf Kosten der Presse ausgeübt werden soll.

Schiffers-Wegberg (N.) erklärt das Vorgehen der fünf Zeitungen ebenfalls für nicht würdig der Presse und ihrer Beramtmittel gegenüber der Öffentlichkeit.

a. Payer (Dp.) betont ebenfalls die Verpflichtung der Presse zu einer objektiven Berichterstattung des Publikums. Hoffentlich werden die betreffenden Zeitungsverleger sich rasch stellen und von dem etwas abweichenden Standpunkt so rasch wie möglich zurückweichen.

Scheidemann (Soz.): Wir sind in der unangenehmen Lage, die andere Seite nicht zu haben. Wenn es richtig ist, daß

die Zeitungen ihr Verlangen nach Papier zum Schaden anderer Zeitungen erhoben haben, so liegt der Vergleich mit der Brotlieferung nahe. Das Papier ist für die Zeitungen Brot, und kein Zeitungsverleger hat mehr Anrecht als ein anderer. Noch wichtiger ist, daß die Presse hier als Zensor auftritt. Ob ein Zensor oder eine große Berliner Zeitung einen Artikel freiläßt, ist im Effekt dasselbe. Ich kann nicht einsehen, wie die Zeitungen glauben können, auf diesem Wege ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Reichstag sowohl wie die Öffentlichkeit haben Anspruch auf eine objektive Berichterstattung über unsere Verhandlungen. Es bedauere deshalb, daß die Zeitungsverleger zu diesem Professionsmittel gegriffen haben und hoffe, daß sie davon Abstand nehmen werden.

Graf Westarp (A.) und Dr. Arend (Dp.) schließen sich dem Vorredner an.

Dittmann (SA.): Eines allgemeinen Urteils über die fraglichen Vorgänge müssen wir uns enthalten, bis wir auch die andere Seite gehört haben. Den Wunsch auf objektive Berichterstattung teilen gerade wir von der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft, die wir unter der nicht objektiven Berichterstattung besonders zu leiden haben, und zwar mit Bewilligung der Regierung. Hat sie uns doch angeht aus Papiermangel nicht gestattet, in Berlin eine Zeitung herauszugeben. Wir könnten ein Gefühl der Schadenfreude haben, daß Herrn Helfferich jetzt das gleiche trifft, was uns so oft trifft. Man kann die Dinge aber auch von dem Gesichtspunkte ansehen, ob bei der Presse nicht ein Akt der Notwehr vorliegt. Die Regierung soll mit ihren Anforderungen an die Presse doch nicht den Bogen überspannen und den Zeitungen nicht Zumutungen stellen, die sie beim besten Willen nicht erfüllen können. Ich würde mich freuen, wenn die heutige Aussprache dazu führte, daß alle Fraktionen gleichmäßig darüber wachen, daß in der Berichterstattung alle Berichterstattung werden.

Präsident Dr. Kämpff: Die von dem Abg. ist an mich gerichtete Frage kann ich durch die Geschäftsordnungsdebatte wohl erledigt ansehen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Fortsetzung der Etatberatung. Schluß 8 Uhr.

## Die Ernährungsfragen im Ausschuß.

Die Verhandlungen am Mittwoch begannen mit einer mehr als einstündigen Geschäftsordnungsdebatte, in der sich das Kriegs-ernährungsamt bei Festlegung der Preise für Schweine bis zum Gewicht von 75 Kilo nicht um die Beschlüsse des Ausschusses gekümmert habe. Man einigte sich schließlich dahin, die Angelegenheit zur erneuten Prüfung zunächst einem Unterausschuß zu überweisen.

Die eigentlichen Verhandlungen beginnen mit dem Abchnitt: Getreide, Malz und Bier. Abg. Dr. Mählinger (Zentr.) bringt die Malzpreisfragen in Bayern zur Sprache. Ein objektives Urteil lasse sich nicht fällen, weil die Unternehmung noch schwach. Doch solche Schiebungen können überall vor, nicht bloß in Bayern. Die Herabsetzung des Gehaltes der Stammwürze auf 6 Proz. bringe ein minderwertiges Bier, wofür der Preis von 31 Mk. pro Hektoliter zu hoch sei. — Abg. Hoff (Dp.) wünscht von der Regierung Auskunft über die Malzpreisfragen in Bayern. Ein Teil der vorhandenen Getreide könne sicher noch zu Malzfabrikation verwendet werden. — Ministerialdirektor v. Braun gibt Auskunft über die Verteilung der Getreidemenge. Zurzeit soll der weitere Heeresbedarf an Bier gedeckt werden. Nur wenn die gegenwärtige Umfrage bei den Brauereien mehr als 50 000 Tonnen Befand ergibt, kann die Zivilbevölkerung weiter beliefert werden. Die Abstinenz regt die Bevölkerung wegen des Verbrauchs von Getreide zur Bierbereitung unnötig auf. Sie gehen bei der Angabe des Verbrauchs von dem Irrtum aus, daß das Kontingent voll beliefert worden sei, was ein Irrtum ist. Ueber die Malzpreisfragen würde er genaue Auskunft noch nicht geben, weil die Untersuchungen, die in Rücksicht auf die Zahl der Beteiligten längere Zeit dauern dürften, noch nicht abgeschlossen seien. Die Darstellungen, als wenn die kaiserlichen Behörden die Sache verstanden hätten, erscheine ihm nicht zutreffend. — Abg. Reilshöf (kon.) fragt den Präsidenten des Kriegs-ernährungsamtes, ob es richtig sei, wie berichtet wurde, daß Dr. Heim kein Kriegs-ernährungsamt für eine Senkung des Preises für Qualitätsgerste eingereicht sei. In einem süddeutschen Blatte habe er die gegenteilige Forderung vertreten. Unter den Malzherren befinden sich sehr angenehme Leute, die der Getreideverarbeitungsstelle ihre Gewinne abgeteilt haben in der Hoffnung, dadurch eine nur geringe Strafe zu erhalten. — v. Batocki: Dr. Heim ist bei uns mündlich und schriftlich dafür eingetreten, daß für Roggen und Getreide gleiche Preise festgesetzt werden. Eine Einschränkung für Qualitätsgerste hat er dabei nicht gemacht. — Abg. Chert (Soz.): Es ist bedauerlich, daß die Getreideverarbeitungsstellen überaupt statistischen konnten. Wie war es nur möglich, daß Tausende von Waggons mit Getreide ohne Kontrolle verladen wurden? Das Ministerium ist nicht eingeschritten, trotz der ihm gewordenen Mittelungen. Hier trifft die kaiserlichen Aufsichtsbehörden ein schwerer Vorwurf. Die Schiebungen sind der Ausfluß niedriger Getreidepreise in Norddeutschland konnte man das Malz teurer verkaufen, weil keine Höchstpreise bestanden. Unverständlich ist auch, wie das Generalkommando in München wegen einer Abfindungssumme verhandeln konnte; solche Leute liefert man einfach dem Staatsanwalt aus. Die noch vorhandenen Bestände an Getreide und Malz müssen unbedingt zur Ernährung verwendet werden. Ueber den Heeresbedarf hinaus darf kein Bier mehr gebraut werden. In Berlin wird mit dem an sich minderwertigen Bier obendrein ein großer Wucher getrieben. Beim Ausschank erlangt man bis 80 Pfg. für das Liter. — Abg. Mertin (Dp.) nimmt die bayrischen Behörden in Schutz, sie hätten sich ein Verdienst damit erworben, als sie den Schiebern die Gewinne abnahmen. — Abg. Baum (A.): Der Streit zwischen Malzfabrikanten und Bier wird am besten durch Einführung von Biermarken gelöst, wonach es jedem freigestellt ist, sich Bier, Malzfabrik oder Brauerei dafür zu erwerben. Die Abstinenzler konnten bei ihrer Aufstellung über den Malzverbrauch nur die Zahlen benutzen, die ihnen bekannt waren, und danach hatten sie durchaus recht. Die Preisprüfungsstelle für Berlin hat bereits vor Weihnachten Höchstpreise für Bier festgelegt und zwar 57 Pfg. pro Liter im Ausschank. Die Benachteiligten sollten Anzeige erstatten. — v. Batocki: Bei dem Mangel an Personal zur Kontrolle sei die Einführung von Biermarken unzulässig. Es seien schon große Mängel bei den Brotfabriken vorgekommen. — Ministerialdirektor v. Braun bemerkt noch zu den Klagen über das minderwertige Bier bei einem Gehalt von 6 Proz. Stammwürze, daß das Bier auch noch durch Streckungsmittel verdünnt werde. Man benutze dazu „Koggain“, ein Getränk, bestehend aus Kräutern und Scharin.

Damit war die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.

Die Diskussion über diesen Abschnitt geschlossen.